



Nr. 142. Morgen-Ausgabe.

Neunundsechzigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag.

Sonnabend, den 25. Februar 1888.

Italien im Nothen Meere.

Die viel berufene Expedition Italiens gegen den Negus von Abessinien scheint im Sande zu verlaufen. Seit Anfang November befinden sich die Truppen in Massauah. Sie legen Befestigungen an, bauen Eisenbahnen, rücken langsam in der Sandebene gegen die abessinische Schweiz vor und errichten Forts und Verschanzungen, so daß sie gegen jeden Angriff gesichert sind. Aber sie haben noch keinen Auffall gegen die abessinischen Truppen unternommen; sie scheinen noch keinerlei Lust zur Offensive zu behalten, und blicken Kurzem ist die günstige Zeit zur Kriegsführung in Afrika überhaupt verstrichen. Noch haben die bei Dogali gefallenen Italiener die angekündigte Sühne nicht gefunden. Aber die Regenzeit, welche vom November bis zum Februar dauert und die abessinische Küste allein für Europäer erträglich macht, naht dem Ende, bald wird eine unerträgliche Hitze herrschen, und von einem Feldzug gegen den Negus kann nicht mehr die Rede sein. Wenn die offiziösen Blätter der Regierung die Nachricht bestreiten, daß die Elitetruppe, welche nach Massauah gesandt wurde, demnächst zurückkehren werde, so kann von diesem Dementi höchstens gesagt werden, daß es für die nächsten Wochen gelte; aber ist die Ankündigung der Rückkehr heute noch verfrüht, so wird die Rücksicht der Truppen selbst in wenigen Wochen zweifelsohne eine Thatsache sein.

Es gibt Leute in Europa, welche diese Haltung der italienischen Regierung bitter tadeln, vielleicht sogar den italienischen Truppen das nötige Maß von Mut zum Angriff auf Ras Alulah absprechen. Nichts thörichter als diese Auffassung und nichts weiser als die Zurückhaltung der Italiener. Wir haben schon vor der Entsendung der Expedition unsere Zweifel ausgesprochen, daß Crispi überhaupt einen Krieg gegen den Negus beabsichtigte, daß ihm vielmehr vielleicht nur daran liege, für den Fall des Ausbruches eines europäischen Krieges sofort einen beträchtlichen Theil der Flotte und ein Elitecorps mobil und kampfbereit zu haben. Wir haben diese Meinung bestätigt gefunden in der Entsendung der englischen Vermittler an den Negus behufs friedlicher Vereinbarung einer Genugthuung für das Blutbad von Dogali. Weitere Anzeichen dieser Auffassung enthielt die bekannte Rede Crispis in Turin. Dieselbe gab auch die vollkommen zureichende Erklärung für diese Politik der Halbinsel. Crispi sagte wörtlich: „Die Beleidigung erheischt eine würdige Sühne. Sie wird sie erhalten. Auf dem Boden Afrikas darf der gute Ruf des italienischen Namens keinen Angriff dulden. Wenn verletzt, muß er gerächt werden. Das Land hat nicht den neuen Opfer geachtet, und es hat Recht daran gethan. Wir wollen keine Abenteuer, keinen Erüberungskrieg, wir weisen sie vielmehr offen zurück . . . Die Grenze, die wir verlangen, ist diejenige, welche strategisch notwendig ist für die Sicherheit unserer Besitzungen und für das Wohlbeinden unserer Beamten.“ Aber Crispi fügte hinzu, daß der „Mittelpunkt der wichtigsten Lebensinteressen“ Italiens in Europa sei und daß man mit der nötigen Vorsicht vorgehen müsse, weil man die Bereitschaft der ganzen Streitkraft Italiens den Verbündeten in Europa schulde. Das ist die vollkommen ausreichende und zutreffende Erklärung der heutigen Zauderpoltik in Afrika. Und dieselbe ist neuerdings wiederholt unterstellt worden durch Kundgebungen des leitenden Organs der deutschen Reichsanzlei, welches vor jeder ernsten Verwickelung in Afrika durch den Hinweis auf die kritische Lage in Europa warnte.

Niemand wird füglich bestreiten wollen, daß Italien in jedem Augenblick im Stande wäre, eine Armee nach Abessinien zu werfen, vor welcher die Truppen des Negus dahinsinken würden wie die Halme unter der Sichel. Freilich, die Abessinier sind heute nicht mehr jene hilflosen Wilden, wie zu jener Zeit, als Lord Napier bis Magdala vordrang. Sie haben heute gute Hinterlader, sie sind nicht übel gefüllt, und ihre Streitkraft wird auf nahezu hundertausend Mann berechnet. Aber deshalb bedeuten sie noch immer keine ausreichende Gegnerschaft, einer wohl disciplinierten europäischen Truppe gegenüber wie der italienischen, welche durchaus auf der Höhe der militärischen Leistungsfähigkeit steht. Wenn nun die Italiener Massauah besetzt, bis Saati und Alet vorgedrungen, Forts und Eisenbahnen gezogen, so ist jedenfalls den Abessinier klar geworden, daß Italien nicht entfernt daran denkt, seine Stellung im Nothen Meere aufzugeben, sondern, daß höchstens beabsichtigt wird, die Vergeltung für Dogali, wenn nicht der Negus vorher sich zu einem Vergleich versteht, wie ihn Italien dictirt, bis zu einem geeigneten Zeitpunkte hinauszuschieben. Eine Niederlage werden die Truppen von Ras Alulah den Italienern nicht wieder beibringen. Dazu ist die gegenwärtige Heeresleitung zu vorsichtig, und Graf Salimbeni, der längere Zeit als Gefangener bei dem Negus weilt, hat mit Recht berichtet: „Ich glaube, daß die Abessinier sich nur schwer dazu entschließen werden, gegen die Befestigungen von Massauah Sturm zu laufen. So tapfer jene Leute im freien Felde sind, so große Furcht haben sie vor Festungswerken, welche sie für unüberwindlich halten. Ihre Taktik wird deshalb darin bestehen, zu warten, bis unsere Truppen die Werke verlassen.“ Freilich sind die Italiener in der Heimat ungeduldig genug auf die Siegenachrichten, welche sie sich versprochen hatten. Aber Crispi ist nicht der Staatsmann, welcher wohlfühlte Vorberen ertragen möchte, während er das Wohl des Vaterlandes auf das Spiel setzte. In Afrika ein Guntator, leistet er in Europa seinem Volke die ersprißlichsten Dienste.

Denn in der heutigen Lage des Welttheiles die Kräfte zu zerstören, wäre ein Act des Wahnsinnes oder des Selbstmordes. Noch immer hat die Situation nichts von ihrer Spannung verloren; noch immer ist die Gefahr so groß und nahe, daß die Vorsicht unbedingt die Verfolgung der Vergeltung an den Negus gebietet. Ob schließlich in Abessinien der Glanz des italienischen Namens heute oder über Jahr wieder hergestellt wird, ist eine untergeordnete Frage neben der großen Bedeutung, welche bei einer etwaigen Verwickelung in Europa die Concentration der italienischen Streitkräfte hätte. Schließlich ist Italien nach Massauah nur gegangen, weil ihm Tunis genommen war. Sollte es aber in Europa zu einem Kriege kommen, so würde voraussichtlich Italien Massauah nicht mehr bedürfen, sondern Entgelt gerade in Tunis finden. Und die Beziehungen zwischen Italien und Frankreich sind heute nicht derart, um besonders freundlich genannt zu werden. Der Zwischenfall von Florenz ist zwar beigelegt; aber dafür ist der Handels-

Vertrag zwischen beiden Staaten gescheitert, und hat die Reise des Herrn Flourens nach Briançon mit Recht die Gemüther in Italien erregt. Kein Wunder, daß man auf dem Quirinal und dem Monte Citorio für richtiger hält, sich gegen Frankreich, als gegen den Negus von Abessinien zu rüsten. Zwei englische Geschwader liegen in Spezzia und Genua, und Admiral Hewett hat bei dem Verbrüderungsmahle mit den italienischen Seooffizieren die Erklärung abgegeben, er habe den Auftrag, die italienischen Küsten gegen eventuelle Angriffe zu sichern. Und wenngleich der erste Lord der Admiraltät im englischen Unterhause erklärt hat, die Rede Hewett's bedeute nur eine „freundliche und schickliche“ Ansprache an die Offiziere einer befriedeten Macht, so ist doch nicht zu verkennen, daß diese Ansprache von sehr ernsten Voraussetzungen ausgeht, mit denen man so gut in England wie in Italien rechnet.

Frankreich hat seine colonialen Unternehmungen mit 30 000 französischen Soldaten und mehr als einer halben Milliarde Francs bezahlt. Daß Italien vorsichtiger ist, kann ihm nicht zum Vorwurf gereichen. Crispi hat noch in seiner jüngsten Rede, als man ihn über die Expedition befragte, ziemlich ausweichend geantwortet und mit den Achseln gezuckt, indem er hinzufügte, daß die Besetzung von Massauah von ihm überhaupt nicht ausgegangen sei. Er hat es nicht zu eilig mit der Revanche. Und in der That müßte es überaus fehlerhaft erscheinen, wenn sich die italienische Regierung im Nothen Meere nachhaltig engagiren wollte, während sie erwarten darf, im Mittelmeer und auf dem europäischen Schauplatz, dem „Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen“, Erwerbungen zu machen, welche tausendfältig selbst den Verzug auf Massauah aufwiegen würden. Man mag daher vom militärischen Gesichtspunkte die augenblieblichen Erfolge des italienischen Expeditionskorps bespötteln, man mag selbst die Tragweite des Zauderns für das „Prestige“ in Afrika hoch anschlagen: es zeigt nichtsdestoweniger von hoher staatsmännischer Weisheit, daß Crispi sich durch alle diese Erwägungen nicht nötigen läßt, die Truppen in dem abessinischen Berglande den Wechselseitlichen eines ungewissen Krieges auszusetzen, so lange nicht die gegenwärtige Gefahr in Europa beschworen und abgewendet erscheint. So lange wird auch die Sühne für Dogali Zeit haben, zumal die Befestigung der Angriffsstufe um Massauah und die Errichtung von Eisenbahnen der beste Weg ist, um einen späteren Sieg der italienischen Truppen unbedingt zu gewährleisten.

daz der Coburger eine solche Erklärung der Pforte einfach in den Papierkorb befördern werde. Es liegt auf der Hand, daß Prinz Ferdinand, nachdem er einmal nach Bulgarien gegangen ist, lediglich der Gewalt weichen wird; denn daß er die Anerkennung der Mächte nicht besitzt, daß er seine Herrschaft ausübe im Gegenseite zu dem Berliner Vertrage, darüber ist er von Anfang an nicht im Unklaren gewesen. Die jetzige Auslassung der russischen Regierung ist daher nichts als eitel Humbug und Doppelzüngigkeit. Gerade aber, weil mit diesen dilatorischen Schachzügen der russischen Diplomatie die sehr thatsächlichen Vorschreibungen weiterer Truppenmassen nach dem Westen des russischen Reiches Hand in Hand gehen — gerade deshalb greift das Misstrauen gegen Russland mehr und mehr um sich und hält man den Gedanken nicht mehr für unmöglich, daß Herr Wissnegraf ungeheuere Massen neuer Rubelscheine an den westlichen Börsen verkauft, um Geld zur Kriegsführung zu bekommen à tout prix. Daß unter diesen Umständen der Rubelkours stürzt und daß er weiter stürzen wird, kann Niemand verwunderlich erscheinen. Aber unzweckhaft führen diese Zustände notwendig zu einer wirtschaftlichen Katastrophe, zu dem Bankrott des Zarenreiches und Niemand kann daher dafür stehen, daß nicht mit der wirtschaftlichen Katastrophe gleichzeitig die politische eintrete.

[Eine Ausstellung der in letzter Zeit nach San Remo gesandten Adressen] findet im Eichhofe des Kunstmuseum auf Veranlassung des Kronprinzen statt. Durch ihren Umsatz fällt unter denselben vor Allem die Adresse von Bewohnern der Stadt Berlin auf, zu der sich weiter Adressen verschiedener einzelner Vereine und Verbände sowie des Magistrats der Stadt gesellen. Auch Österreich ist mit einer Adresse des Vereins „Niederwald“ in Wien beteiligt.

Die Commission des Reichstages für die Vorlage betreffend Wein mit Wein nahm gestern nach vierzehntägiger Pause ihre Berathungen wieder auf. Die Generaldiscussion wurde als abgeschlossen angesehen und § 1 zur Debatte gestellt, welchen Abg. Radé wie folgt zu fassen beantragt: „Unter der Bezeichnung „Weine“ oder einer gleichbedeutenden Bezeichnung, wie der Benennung eines Jahrganges, einer Gegend, Gemarkung oder Gemarkungs-Anlage, dürfen — soweit es sich um ein Product handelt, welches als Deutsches Product in den Verkehr gelangt, nur diejenigen Getränke gewöhnlich feilgehalten oder verkauft werden, welche durch alkoholische Gärung aus Traubensaft bereitet worden sind, der frei von jedem Zusatz ist oder welchem vor oder während der Hauptgärung, in der Zeit von der Lese an bis zum nächsten folgenden 1. März, ausschließlich reiner vergärbarer Zucker oder eine wässrige Lösung solchen Zuckers beigefügt wurde, vorausgesetzt, daß die verwendete Menge Zuckerlösung 25 Prozent der gesammten Flüssigkeitsmenge nicht übersteigt. Alle übrigen Zusätze zu den unter der Bezeichnung „Wein“ oder einer gleichbedeutenden Bezeichnung in den Verkehr gelangenden Getränken sind verboden. Als Zusätze sollen die durch die notwendige Kellerbehandlung, sowie die lediglich zum Zwecke der Haltbarmachung in den Wein gelangenden geringen Mengen schwefeliger Säure, bzw. Schwefelsäure, Alkohol und Bestandtheile von Schönungsmitteln nicht betrachtet werden. Der zugesetzte Alkohol darf nicht mehr als 1 Volumenprozent betragen.“ Abgeordneter Graf Abelmann schlägt für § 1 folgende Formulierung vor: „Unter dem Namen „Wein“ oder einer für Wein üblichen Bezeichnung, wie der Benennung der Traubensorte, des Jahrgangs, einer Gegend, Gemarkung oder Gemarkungs-Anlage, dürfen nur solche Getränke gewöhnlich feilgehalten oder verkauft werden, welche ohne jeden Zusatz aus Traubensaft durch alkoholische Gärung bereitet worden sind. Als Zusätze sollen die durch die übliche Kellerbehandlung, sowie die lediglich zum Zwecke der Haltbarmachung in den Wein gelangenden geringen Mengen schwefeliger Säure, bzw. daraus entstandener Schwefelsäure, Kohlenfäule, Alkohol und Bestandtheile der Schönungsmittel nicht betrachtet werden. Der zugesetzte Alkohol darf bei Weinen, die als Deutsche feilgehalten oder verkauft werden, nicht mehr als 1 Volumenprozent betragen.“ Abg. v. Reinhaben ist gegen die Fassung des § 1 nach dem Antrage Radé und zieht die Graf Abelmann'sche Fassung vor mit der entsprechenden Anfügung wegen des Zusatzes von Wasser und Zucker. — Abg. Beiel bedauert, daß nicht eine Subcommission gebildet ist, um die Definition Wein genauer festzustellen. Er ist gegen den Antrag Graf Abelmann. — Abg. Radé hofft, daß in dieser Session doch noch etwas zu Stande kommt, mindestens müßte doch ein Bericht an das Plenum gelangen. Uebrigens habe er 25 p.C. nur vorgeschriften, um überhaupt eine Grenze anzugeben. Er halte daran keineswegs strikte fest, sei vielmehr für jede Verbesserung dankbar. Im Prinzip unterscheidet er sich von den Puristen nur in der Definition des Ausdrucks „Wein“. Die Puristen wollen den Consumenten schützen, was aber auch durch seinen Antrag ermöglicht werde. Der Händler muß fortan sein und ist deshalb gezwungen, alle Sorten zu führen. Durch Antrag Abelmann wird für den unehelichen Händler ein Privilegium geschaffen, da die Chemie nicht in der Lage sei, die Operationen mit Sicherheit zu erkennen. Der reelle Weinhandel würde dadurch geschädigt werden. Abg. Fehling-Lübeck anerkennt dankbar das Bemühen sämtlicher Antragsteller, den Wünschen reeller Weinhandler mit ausländischen Weinen gerecht zu werden. Zuerst würde er für den Antrag Radé stimmen; sollte derselbe abgelehnt werden, so beantrage er, im § 1 Seite 3 des Antrages Abelmann die Worte einzufügen: „Soweit es sich um ein Product handelt, welches als deutsches Product in den Handel kommt.“ Würde der Zusatz nicht angenommen, so würde der ausländische Wein ohne Declaration an jedem Privatmann verkaufen, während der einheimische Händler einige Sorten, die ohne Zusätze ihrer Kraft und Fülle wegen nicht trinkbar seien, dann als „verfälschten“ Wein oder unter einer ähnlichen Benennung verkaufen müßte. Geh. Rath Hoff macht wiederholzt auf die Schwierigkeit der Definition „Wein“ aufmerksam. Abg. v. Grand-Ry empfiehlt zwar den Antrag Radé, erklärt sich aber gegen die Zeitteilung der Säuren. Abg. Radé zieht darauf seinen Antrag zurück zu Gunsten des folgenden von ihm gestellten Eventualantrags: „Abgesehen von dem Fall, daß Wein beim Fehlen und Verkauf ausdrücklich als „Naturwein“, „reiner Wein“, „zusatzfreier Wein“ oder ähnlich bezeichnet wird, respektive als solcher von dem Käufer ausdrücklich verlangt wird, ist es als Verfälschung des Weins im Sinne des § 10 des Gesetzes vom 14. Mai 1879 nicht anzusehen, wenn bei Herstellung des Weines dem Traubensaft vor oder während der Hauptgärung in der Zeit von Beginn der Lese bis zum nächstfolgenden ersten März ausschließlich reiner vergärbarer Zucker oder eine wässrige Lösung solchen Zuckers beigefügt wurde, vorausgesetzt, daß die verwendete Menge Zuckerlösung 25 p.C. der gesammten Flüssigkeitsmenge nicht übersteigt. Als Zusatz zu Wein sollen die durch die notwendige Kellerbehandlung sowie die lediglich zum Zwecke der Haltbarmachung in den Wein gelangenden geringen Mengen Schwefelsäure, Alkohol und Bestandtheile von Schönungsmitteln nicht betrachtet werden. Der zugesetzte Alkohol darf nicht mehr als ein Volumenprozent betragen.“ Reg.-Rath Sell betont ausdrücklich die Schwierkeiten, die für die chemische Untersuchung durch Annahme der Vorläufige ergeben würden. Abg. Dr. Bücklin ist auch gegen den Eventualantrag Radé und zieht eine genaue Definition des Ausdrucks „Wein“ vor. Er empfiehlt nach eingehender Überlegung den Declarationswang. Die Weinverbesserer sollten sicher dafür sorgen, daß Grund und Boden eine bessere Pflege erhalten. Er hofft bestimmt, daß das Gesetz im Plenum wieder beraten würde; wo nicht, so wäre die Arbeit der Commission doch nicht verloren. Abg. v. Gumi empfiehlt, von einer bestimmten Norm der 25 p.C. abzusehen und eine allgemeine Be-

stimmung einzuführen. Abg. Bayha bedauert, daß gerade durch seine Abwesenheit ein Beschluß herbeigeführt worden und Antrag Racke in erster Lesung gegen den Declarationszwang mit Stimmengleichheit abgelehnt sei. Die Weine in Württemberg seien ohne Zusatz für den Export nicht verkauflich; in Württemberg wäre der Haupttrunk nicht Bier oder Branntwein, sondern der kleine Wein, den man ohne Zusatz von Zucker nicht trinken könne; er empfiehlt also den Antrag Racke. Director Köhler glaubt, daß, wenn die Vorlage auch nicht mehr an das Plenum kommen sollte, doch für die Zukunft durch die Verhandlungen der Commission manche wertvolle Anregung gegeben sei. Bereits die zur zweiten Lesung in der Commission gestellten Anträge seien weit brauchbarer, als die der ersten Beratung; aber auch die jetzigen Anträge Rackes gingen über den Rahmen des Nahrungsmittelegeses hinaus. Auch er habe Bedenken gegen eine Bestimmung von 25 p.C. und gegen die Unterscheidung von inländischen und ausländischen Weinen bei Handhabung des Gesetzes. — Die Fortsetzung der Debatte wurde darauf bis Freitag vertagt.

[In der Stadtverordnetenversammlung] wurde, wie bereits telegraphisch gemeldet, der Stadthaushaltsetat pro 1888/89 eingebrochen. Da die Einnahme mit einer Summe von 48 861 204 Mark und die Ausgaben mit 62 865 019 Mark abschließen, so resultiert daraus eine Mehrausgabe von 14 183 815 M. Stadtkammerer Maass erinnert daran, daß dieser Etat der erste ist, den er der Versammlung vorzulegen die Ehre hat. Als er vor etwa Jahresfrist in den Dienst der Commune trat, habe er zwar eine höchst gut geordnete Verwaltung verlassen, aber auch eine nicht minder gut geregelte Verwaltung in seiner neuen Stellung wieder angetroffen. Die Verwaltung der Stadt Berlin brauche einen Vergleich mit jeder Staatsverwaltung nicht zu scheuen, besonders die Finanzverwaltung habe er in einer nach jeder Richtung hin wohlgeordneten Verfaßung angetroffen. Es sei dies das Verdienst seines verstorbenen Amtsvorgängers, und er werde sich bemühen, auf denselben Bahnen zu wandeln. (Beifall.) Der Redner spricht sodann seinen Dank aus für das freundliche Entgegenkommen, welches er bei allen Deputationen gefunden habe, es sei ihm dies bei der Einarbeitung in die Geschäfte von großer Erleichterung gewesen. Der Etat sei als ein günstiger zu bezeichnen, denn es sei möglich gewesen, den Normalzoll von 100 p.C. bei dem Einkommensteuerjahr nicht zu überschreiten. Die Stadthauptkasse trage über 2 Millionen Mark zu den Kanalisationsarbeiten bei. Der Überschuß der Gasanstalten sei niedriger zu bemessen, weil die Gaskosten niedriger und die Arbeitslöhne höher geworden seien. Die städtischen Werke liefern im Ganzen einen Überschuß von 658 800 M., und verbleibe nach Abzug der erwähnten Umtosten für die Canalisierung noch ein Überschuß von reichlich 4 Mill. M. Der weitauß größte Theil der durch die Steuern aufgebrachten Summen komme der ärmeren Bevölkerung zu Gute, für Armen- und Waisenweisen, für Schulen und gemeinnützige Institute werden enorme Summen ausgegeben. Das Principe der Spartheit sei auch bei Feststellung des Etats streng befolgt worden, denn es ständen der Gemeinde Berlin noch große Ausgaben bevor, wie beispielsweise die Erweiterung der Wasserwerke eine Summe von circa 20 Millionen beansprucht. Er hoffe, daß auch in den folgenden Jahren der Etat ein gleich günstiger bleiben werde, wie der gegenwärtige. (Beifall.) Stadtverordneter Scheiding äußert im Allgemeinen seine Befriedigung über den Stand des Etats und wünscht nur, daß die Wiedereinführung erniedrigt werden könne. Stadtverordneter Meyer I spricht ebenfalls seine Befriedigung über den Stand des Etats aus, dessen Einzelheiten er eingehend beleuchtet. Besonders lasse sich die Stadt die Pflege der Schule und der Hygiene angelegen sein, ein schöner Beweis dafür, daß ideale Zwecke verfolgt werden. Redner erinnert daran, daß man noch nicht wissen könne, welche Wirksamkeit das dem Landtag vorgelegte Gesetz über die Polizei haben werde. Die Hemmungen, welche die städtischen Schulhäuser seitens der Polizei erfahren, seien bedauerlich. Der Kaiser habe in seiner Antwort auf die Neujahrsgratulation der Versammlung seine Anerkennung ausgesprochen, und es sei zu hoffen, daß in Zukunft weniger Schwierigkeiten gemacht werden. Die Stadtv. Dr. Irmer und Singer beleuchten ebenfalls den Etat, ersterer im Sinne der Bürgerpartei, letzterer im Sinne der Arbeiterpartei, nur bei einzelnen Punkten erhoben die Redner Bedenken. Die Vorlage wurde sodann einem Ausschuß von 15 Personen zur Beratung überwiesen.

[Anstalten, die einer besonderen Genehmigung bedürfen.] Die Frage, ob Anstalten zum Trocken und Einsalzen frischer Thierfelle in das Verzeichnis der nach § 16 der Gewerbeordnung genehmigungspflichtigen Anlagen aufzunehmen seien, hat den Bundesrat schon mehrfach beschäftigt; sie wurde indes stets im negativen Sinne entschieden, weil man annahm, daß Anstalten dieser Art in der Regel in Verbindung mit Schlächtereien oder Abdereien, also mit an sich genehmigungspflichtigen Anlagen, vorkommen. Nach neueren, von der preußischen Regierung veranstandeten Erhebungen hat sich diese Annahme als unzutreffend erwiesen, sich vielmehr ergeben, daß Anstalten sowohl zum Trocken als zum Einsalzen frischer Thierfelle auch unabhängig von den genannten genehmigungspflichtigen Anlagen, und zwar nicht bloß im Freien, sondern auch in Gebäuden und inmitten von Städten vielfach vorkommen. So werden beispielsweise in Berlin in neun Anlagen jährlich etwa 40 000 Häute und Felle getrocknet und in zwölf Anlagen jährlich etwa 170 000 Häute eingefärbt. Mit diesen Anlagen ist nicht nur der Viehstand verbunden, daß die Gerüche und Ausdünstungen, welche sich dabei entwickeln, der Nachbarschaft zur erheblichen Belästigung dienen, es können dabei auch die bei der Manipulation entstehenden flüchtigen Zersetzungssprodukte unter Umständen direkte Gefundheitsstörungen veranlassen, und bei auftretenden ansteckenden Krankheiten deren Weiterverbreitung im hohen Maße begünstigen. In gleicher Weise hat es sich herausgestellt, daß die Verbleibungs- und Verzinnungs- sowie die Verzinkungsanstalten wegen Verbreitung von Gasen und Dämpfen, sowie des Abschlusses ihrer

mit Metallsalzen durchsetzten Abwasser ihrer Nachbarschaft in hohen Grade lästig fallen. Der Stellvertreter des Reichskanzlers, Staatssekretär von Böltcher, hat deshalb beim Bundesrat den Antrag gestellt, auf Grund des § 16 der Gewerbeordnung, vorbehaltlich der Genehmigung des Reichstags, zu beschließen, daß Anstalten zum Trocken und Einsalzen frischer Thierfelle, sowie Verbleibungs-, Verzinnungs- und Verzinkungsanstalten in das Verzeichnis der einer besonderen Genehmigung bedürfenden Anlagen aufgenommen werden. In der diesem Antrage beigegebenen Motivirung wird übrigens hervorgehoben, daß die Genehmigungspflichtigkeit sich nicht auf diejenigen Verbleibungs-, Verzinnungs- und Verzinkungsarbeiten zu erstrecken haben werde, welche in den Betrieben einzelner Handwerker, z. B. Gelb- und Zingießer, in geringem Umfang gelegentlich vorgenommen werden.

[Der größte Bauherr im Königreich Preußen.] Nach einer Mitteilung des Stadtbauraths Blanckstein an die Stadtverordneten übersteigt (wie der Stadtv. Weber in einer Versammlung mitteilte) der diesjährige Bau-Etat der Stadt Berlin für öffentliche Bauten, Brücken u. s. w. den gleichnamigen Etat des Staates für das ganze Königreich Preußen um die Summe von 600 000 Mark.

[Eine Verbrechergesellschaft.] Eine den Berliner Juwelen-Geschäften außerst gefährliche Verbrechergesellschaft befand sich am Mittwoch auf der Anklagebank der ersten Strafkammer des Berliner Landgerichts I, und zwar hatte sich das Hauptmitglied derselben wegen einer ganzen Reihe umfangreicher Juwelendiebstähle zu verantworten. Angeklagt waren: der schon wegen schweren Diebstahls mit 3 Jahren Zuchthaus vorbestrafte Müller Robert Karl Hesse, der noch unbekannter Goldarbeiter Karl Hermann Wilhelm Schmidt, 20 Jahre alt, und der Vater des Letzteren, Silberdecker Karl Friedrich Julius Schmidt, welcher wegen Hehlerei angeklagt war. In der Nacht vom 19. zum 20. September verübten Hesse und Karl Schmidt in dem Laden des Juweliers Schrader, Neue Promenade 7, in äußerst vermögener Weise einen Einbruchsdiebstahl. Sie schlichen sich in das Haus, öffneten vom Flur aus mittels Nachschlüssels den Laden des Galanteriegeschäfts Rosenthal und bohrten mittels Centrumbohrers in die das Schrader'sche Geschäft begrenzende Holzwand ein großes Loch, durch welches Hesse kroch, um nun unter den im Schaufenster liegenden Juwelen, Gold- und Silberlachsen gehörig aufzuräumen. Er stahl eine große Anzahl von Brillanten, Armändern, Spangen u. s. w. im Gesamtwerthe von 21 375 Mark. Hesse stiegle 9 Brillantarmänder, 25 Brillantringe, 3 Brillantohrringe, 2 Broschen und 4 Uhrenketten zu sich. Den Rest reichte er durch das Loch dem Karl Schmidt zu, welcher die Schätze in eine mitgebrachte Reisetasche legte. Um 11 Uhr erwachte von dem bei der "Arbeit" nicht zu vermeidenden Geräusch der im Hinterzimmer neben dem Laden schlafende Hausdiener Wilh. Kreuze. Derjelbe eilte sofort so leise wie möglich zu Herrn Schrader selbst. Die Einbrecher merkten aber die Gefahr und ergripen die Flucht. Herr Schrader und Kreuze verfolgten dieselben, und während Hesse entkam, ergripen sie Karl Schmidt auf dem Hude'schen Markt, nachdem derselbe die Reisetasche mit dem kostbaren Inhalt fortgeworfen hatte. Der Criminalpolizei fiel sofort die volle Gleichartigkeit dieses vermeindeten Einbruches mit anderen Einbruchsdiebstählen in Juwelenläden auf. So war in der Nacht vom 30. zum 31. März in dem Juwelenladen von Janus und Friedrich, Friedrichstr. 215, ein Einbruchsdiebstahl verübt und dabei Juwelen und Goldsachen im Werthe von 10 500 M. gestohlen worden. Damals hatten sich die Diebe in den unter dem Laden liegenden Keller geschlichen, das Fenster mit dicker brauner Pappe versetzt und mit einem Schiebendbohrer ein großes Loch in die Decke gehobt, durch welches sie hindurchgefrochen waren. Unter ganz ähnlichen Verhältnissen war in der Nacht zum 29. Juli in das Hennig'sche Juwelengeschäft eingebrochen und dabei eine Anzahl Juwelen im Werthe von 16 000 Mark gestohlen worden. — Criminalkommissar Braun entdeckte bald verschiedene Umstände, welche es zweifellos machten, daß Hesse auch bei diesen Einbruchsdiebstählen beteiligt war. Ferner wurden bei dem als Hehler dienenden Schmidt sen. Entdeckungen gemacht, welche jeden Zweifel an der Thäterschaft ausschlossen. Hesse und Schmidt sen. arbeiteten nämlich gemeinschaftlich. Hesse bezahlt in Reinickendorf eine Mühle, in welche er die auf seinem Dienstzugehörigen erbeutete Ware zu bringen pflegte, um sie dort zu sortieren. Dann wurde Schmidt nach der Mühle bestellt und dort wurden ganz geschäftsmäßig die Juwelen und Goldsachen zusammenge stellt, welche Schmidt in seinem Atelier mit heimnahm, um sie nächtlicher Weile einzuschmelzen. Goldklumpen wanderten dann in die geheimnisvolle Mühle zurück und wurden von hier aus zu Gelde gemacht. Hesse hat sich außer diesen schweren Diebstählen noch einer Wechselseitigung an seinen Schwiegervater zu Schulden kommen lassen. Der Gerichtshof hielt im Wesentlichen die Behauptungen der Anklage für erwiesen und verurteilte Hesse zu zehn Jahren Zuchthaus, Schmidt jun. zu drei Jahren Zuchthaus und Schmidt sen. zu sechs Jahren Zuchthaus.

B. Aus der sächsischen Oberlausitz, 22. Febr. [Ein amtlicher Bescheid in der Brotausfuhrfrage.] Auf Veranlassung des Reichstags-Abgeordneten, Handelskammer-Präsidenten Hulksch aus Dresden, welcher in Übereinstimmung mit dem Reichstags-Abgeordneten Hoffmann der Ansicht war, daß die meistbegünstigte deutsche Nation ein Recht habe, für ihre Brotausfuhr nach Böhmen die den italienischen Bäckern des Grenzbezirks gewährte Vergünstigung der zollfreien Einfuhr bis zu 10 Kilo zu beanspruchen, hatte sich die Bäckerinnung zu Leutersdorf an das Reichskanzleramt mit der Bitte um Wahrnehmung ihrer Interessen gewendet. Darauf ist jetzt ein vom Staatsminister von Bötticher unterzeichnete Bescheid eingegangen. Der-

selbe weist darauf hin, daß der kürzlich verlängerte deutsch-österreichische Handelsvertrag keine Bestimmungen über zollfreie Einfuhr des Brotes enthält. Zu dem Ende December abgelaufenen Handelsvertrage zwischen Österreich und Italien sei die Zollfreiheit für Brot ohne Einschränkung vereinbart gewesen und deshalb solche auch dem meistbegünstigten Deutschland zu Gute gekommen. In dem seit 1. Jan. gültigen Vertrage sei aber die Zollfreiheit auf den Grenzbezirk beider Staaten und auf Mengen bis höchstens 10 Kilo beschränkt. „Diese Vergünstigung, heißt es weiter, kann für die deutsch-österreichische Grenze nicht in Anspruch genommen werden, weil die Rechte der Meistbegünstigung, welche Deutschland und Österreich-Ungarn sich vertragsmäßig eingeräumt haben, auf die dritten Staaten bewilligten Grenzverkehr erleichterungen keine Anwendung finden. Die gewünschte Zollfreiheit für Brot könnte somit nur im Wege eines neuen Vertrags mit Österreich-Ungarn erreicht werden. Wann neue handelspolitische Verhandlungen mit Österreich-Ungarn wieder aufgenommen werden, läßt sich zur Zeit nicht sagen. Ich werde jedoch bei sich darbietender Gelegenheit nicht unterlassen, für Wahrung der in Frage stehenden Interessen thunlich einzutreten.“ Bis dahin ist aber die sächsische Brotbäckerei an der Grenze sicher ruiniert, da der Zoll von 3,25 Gulden jede Ausfuhr unmöglich macht.

Frankreich.

s. Paris, 22. Februar. [Die Stimmung der Franzosen gegen Italien und Deutschland.] Die Franzosen haben gar seltsame Präventionen! Doch Allem, was man sagen mag, haben sie immer noch nicht gelernt, die Gleichberechtigung anderer Nationen anzuerkennen und die Polemiken mit ihnen in decentem Tone zu führen. Einweder geben sie ihrem Zorn, wenn sie einem Mächtigeren gegenüberstehen, in Schimpferien, oder wenn sie mit einem Volke, dem sie sich überlegen glauben, zu thun bekommen, im höhnenden, spöttisch mitleidigen Phrasen Ausdruck. Den Italienern gegenüber wird das letztere Verhalten zur Anwendung gebracht. Man wizelt über ihre Bemühungen, die Handelsvertrags-Verhandlungen wieder anzutunpfen und zu einem glücklichen Ende zu führen. Sie sollen erst bitten und Verzeihung ersehen wegen ihrer seltsamen Annahme, mit Frankreich sich als gleichberechtigte Nation zu fühlen und eigene Wünsche, die denen der lateinischen Schwesterland nicht entsprechen, gehext zu haben. Es kann den verbündeten Nationen nur recht sein, wenn die Franzosen Italien als quantité negligable betrachten in dem von ihnen, den vermeintlich Friedliebenden, so oft und vielfach erwogenen und expolierten Falle einer allgemeinen europäischen Conflagration. Auch die Siegeszuversicht, die die hervorragenden Strategen der „France“ und des „Intransigeant“ Deutschland gegenüber beweisen, kann uns nicht in Empörung versetzen. „Es handelt sich nur darum, die erste Schlacht zu gewinnen und wir werden sie gewinnen — unter Boulanger!“ rief die „France“ vor Kurzem aus. Das genügt! Wir werden ja sehen. Innerhin ist aber diese Aufrégung der öffentlichen Meinung nicht mit einigen Worten abzufertigen. Die Stimmung hier ist entschieden eine unangenehme und gefährliche. Schon wird im Loire-Departement wieder für Boulanger Propaganda gemacht; wie seiner Zeit in Paris gelegentlich der Wahl Meurier's soll auch hier bei der am 26. d. Mts. stattfindenden Deputiertenwahl eine patriotische Manifestation auf seinen Namen gemacht werden. Die Stimmen, die er vereinigt, sollen als die gezählt werden, die ein „mannhaftes Aufstreben den Drohungen Deutschlands“ gegenüber wünschen. Wie Herr Carnot und wie die leitenden Staatsmänner dieser gefährlichen Aufregung der Massen gegenüber sich verhalten werden, bleibt abzuwarten. Man scheint indessen kaum die nötige Energie zu besitzen, um denselben entgegen zu arbeiten. Ohne aus einer Mücke einen Elefanten machen zu wollen, kann ich es doch nicht unterlassen, einer Anordnung des Kriegsministers Erwähnung zu thun, die beinahe auf die Absicht schließen könnte, diese Provocationen durch einen offiziellen Act zu sanctionieren. Der Herr Kriegsminister hat nämlich Ordre gegeben, auf sämtlichen Forts Belforts auf 6 Meter hohen Stangen die französische Flagge zu hissen, so daß dieselbe bis ins Reichsland hinein sichtbar ist. Diese Anordnung ist doch zum Mindesten als kindlich zu bezeichnen, ihr zwecklicher Nutzen ist jedenfalls unerfindlich!

Paris, 22. Februar. [Procès Wilson.] Staatsanwalt-Substitut Lombard, welcher in dem Procès Caffarel noch an die Unschuld Wilson's zu glauben schien, aber seitdem seinen Irrthum offen gestanden hat, führte gestern nochmals die schon bekannte Geschichte des getöteten Greis in

Albert Lindner.

Sie haben einen armen Mann hinausgetragen, und an seiner Grube hat nur eine kleine Anzahl treuer und guter Freunde gestanden. Ein deutscher Dichter ist gestorben, der einst mit dem Schillerpreise gekrönt ward, ein Denker und ein Kämpfer, der, unterlegen, ehe er geendet, die letzten Jahre seines Daseins der Geistesnacht überliefert war. Albert Lindner hat noch einmal die allgemeine Aufmerksamkeit gefesselt in dem Augenblick, da er aus dem Diesseits geschieden ist, und an sein trauriges Schicksal knüpft sich die alte Klage von der brotlosen Kunst und von dem Undank der deutschen Nation gegen ihre Geistesheroen. Und doch ist es zweifelhaft, ob nicht in diesem Falle die Schuld mehr in der Person als in dem Volke gelegen, ob nicht ein gut Theil des Ungemachs, welches den Dichter betroffen hat, auf den Dichter selbst zurückzuführen ist. Sicherlich war Albert Lindner ein Talent, welches über die Grenze der landläufigen Mittelmäßigkeit hinausragte; aber es siehe der Wahrheit die Ehre verweigern, wollte man ihn auf die gleiche Stufe mit einem Grabbe stellen, an welchen man neuerdings öfters erinnert hat. An eifrigem Streben und tiefem Erschrecken hat es Lindner gewiß nicht gefehlt; aber die Muse haite seine Lippen nicht geküßt, und ihm fehlte, was vor Allem den Dichter macht, Schwung der Phantasie und Kraft der Leidenschaft. „Wo sich Kraft soll offenbaren, muß sie Widerstand erfahren.“ Wäre Lindner ein großer Dichter gewesen, er hätte sich zweifelsohne Bahn brechen müssen, zumal ihm keineswegs literarische Verbindungen aller Art versagt waren, zumal ihm nicht einmal Beziehungen zu Coterien fehlten, auf welche man heutzutage bissweilen mit Recht, häufiger mit Unrecht, literarische Erfolge zurückführt. Aber seine Muse war zu dürr, zu spröde und zu unfruchtbar, als daß sie den Dichter hätte nähren können, obwohl sie keineswegs ablehnte, dem Tagesgeschmack weitgehende Zugeständnisse zu machen. Freilich fehlte dem Dichter die Tugend und das Glück der Selbsterkennung. Wenn ein Sokrates bescheiden gestehen könnte, er wisse nichts, als daß er nichts wisse, so konnte Albert Lindner sich so groß und größer dünken als die ersten Meister der Weltliteratur, und da der Widerspruch zwischen seiner Selbstschätzung und der Anerkennung, die er findet, ein überwältigender war, so verbitterte sich seine Seele mehr und mehr, und er suchte nach der Ursache seines Schicksals nicht in der eigenen Brust, sondern in der Außenwelt, und er kam unter dem Einfluß der herrschenden Strömung zu dem traurigen Wahne, an seinen Misserfolgen seien nur die „Juden“ schuld, und so schrieb er schließlich

Pamphlete für antisemitische Blätter — seine letzte Staffel vor dem Stechenheim! Es ist beklagenswert, daß ein immerhin hervorragender Geist in problematischen Aufgaben sich erschöpfe, in maßlosem Chregeis sich verzehre, ohne Werte zu schaffen, welche der Größe seines Chregeis entsprechen, während die Bescheidenheit des Anspruchs und die Harmonie einer zufriedenen Seele die Unterlage für ungleich fruchtbarere und bedeutendere Schöpfungen hätte werden können. Ist denn aber die Klage berechtigt, daß noch immer die deutsche Nation ihre Dichter verhungern läßt? Wer ist ein Dichter? Wann beginnt die Verpflichtung eines Volkes, einen Dichter der Noth des täglichen Lebens zu überheben? Wir glauben, daß die Anklagen gegen die deutsche Nation ungerecht sind, und daß, wenn wirklich Dichter verhungern, der Vorwurf nicht immer der Nation gebührt. Es ist ein gefährliches Spiel, das Haupt zu den Sternen zu erheben, wenn die Füße nicht fest auf dem Boden stehen. Als der junge Berger einen berühmten Schriftsteller fragte, ob er ihm rathe, sich der Dichtkunst zu widmen, erhielt er zur Antwort: „Wenn Sie viel zu leben haben, um zu schreiben, ja. Wenn Sie schreiben, um zu leben, nein!“ Freilich wird das Genie sich nie in die Bahnen der Alltäglichkeit bannen lassen, und Platzen kommt spotten über den Dichter, der „morgens zur Kanzlei mit Acten und Abends auf den Heilton“ wandert. Aber wenn der Dichter nicht das tägliche Brot hat, wenn er für seine Familie nicht des Lebens Nothdurft und Nahrung beschaffen kann, so soll man doch nicht die Nation verantwortlich machen, wenn sich der Poet in Meleager's Flammen aufzehrzt. Wer möchte nicht im Leben eine andere Laufbahn einschlagen, als ihm die Nothwendigkeit vorgezeichnet hat? Aber um diese Möglichkeit zu erringen, muß der Mann schaffen und raffen, muß wetten und wagen, das Glück zu erjagen, und ist er am Ziele angelangt, dann freilich willt ihm die Palme der Freiheit. Aber, unbekümmert um die Bedingungen der Wirklichkeit, sich in eine Traumwelt zu versetzen, alle Thatsachen als nichtig und bedeutungslos zu behandeln, das ist nicht das Recht eines Mannes, welcher inmitten dieser Wirklichkeit bleibt, sondern höchstens das Recht des Einfiedlers, der sich wie Diogenes bedürfnislos in die Sonne setzt, oder das Recht des indischen Fürs, der sich begraben läßt oder sich auf die Säule stellt, um Wochen hindurch nichts zu thun, als seinen erhabenen Nabel zu betrachten. Die Freunde von Albert Lindner hatten dem Dichter, um ihn der täglichen Sorge zu entlasten, Stellen verschafft, um welche ihn mancher Poet beneidet hätte. Wie Hoffmann von Fallersleben, der liederhafte Sänger, die Bibliothekarstelle auf Schloss Corvey annahm, wie sich

Lessing nicht zu gut dünkte, um die Bücherschäfe von Wolfenbüttel zu hüten, so hatte Albert Lindner die Bibliothekarstelle des deutschen Reichstages erhalten. Aber der unsierte und hochfliegende Sinn des Dichters litt ihm nicht lange auf diesem Platze. Da es ihm an einem regelmäßigen Einkommen brach, da ihm seine Arbeit nicht eintrug, was seine Familie bedurfte, so verfiel er freilich der Noth und dem Elend. Die blaue Sorge mag genugsam an seinem Herzen genagt haben. Ob aber sein Geist in besserer wirtschaftlichen Verhältnissen sich kräftiger entfaltet und bis an das Ende des Dichters wach und klar erhalten hätte, wer will es wissen? Der wahre Genius pflegt auch unter den dürfdigsten Umständen nicht zu verkümmern; im Gegenteil, die Armut pflegt seine Schwungkraft zu erhöhen, wie die rauhe Luft der Alpenpitzen den festen Fittich des Adlers kräftigt. Wie kärglich hat nicht ein Jean Paul sein Leben gespielt, und wie gut wäre es nicht für manchen deutschen Dichter, wenn er die Pein der Armut empfunden hätte?

Ist denn aber heute noch der Glaube berechtigt, die deutsche Nation sei undankbar gegen ihre Dichter? Sie kaufe ihre Werke nicht, sie liebt sie nicht auf ihren Bühnen? Es ist wahr, daß französische Dramen und französische Romane noch immer in Deutschland viel beliebt sind. Aber deutsche Kunstwerke von wahren Wert finden darum nicht weniger Anerkennung. Wenn man bedenkt, welche Schäfe einzelne Bühnendichter gesammelt haben, wenn man erwägt, daß deutsche Romanschriftsteller Honorare erhalten, an welche Schiller und Goethe niemals haben denken können, so wird man billig bezweifeln, ob man noch immer sagen darf: „Die Kunst geht nach Brot“. Freilich hat nicht jeder Dichter das Glück, so gelebt, gekauft und bezahlt zu werden, wie die begünstigte Minderheit. Aber darauf hat auch die große Mehrheit kein entferntes Recht. Es hieße einen ganz falschen Hochmuth großziehen, wollte man jedem Manne, der sich Dichter oder Schriftsteller nennt, damit ein Recht auf eine lebenslängliche Rente auf dem deutschen Paradies zusprechen. Der wahre Dichter, der große Genius, schreibt gar nicht aus Rücksicht auf den Erfolg, sondern lediglich aus Herzensdrang. Das Werk der Dichtkunst ein Honorar bringen müssen, ist ein ganz nebenächliches Accedit, welches mit der Dichtkunst gar nichts zu thun hat. Wie wissen nicht, welches Honorar Homer für die Ilias und Odyssee bekommen hat. Wir wissen nicht, ob Achyllos oder Sophokles mit ihren Tragödien Schäfe sammelten. Auch die Summen, welche Aristophanes mit seinen Komödien einheimste, sind der Nachwelt nicht überliefert. Im Alterthum legten die Dichter ihren Stolz in die

de la Jeannière aus und verglich dann ferner Wilson, der hunderttausend und zweihunderttausend Franken für das Kreuz der Ehrenlegion verlangt habe soll, mit dem General d'Andlau, der sich mit 10 000 und 20 000 Franken begnügte. Man wende ein, daß Wilson nicht, wie Jener, sich eines Credits rühmte, der ihm in Wahrheit abging, da ihm ja die Kreuze der Präsidenschaft zur Verfolgung standen; allein die bloße Thatsache wäre, wie der Cassationshof in dem Prozeß des "Baron" Gölln feststellte, strafbar, daß er mit seinem Einfluß zur Erlangung der Ehrenlegion Schächer trieb. Allerdings verdienten Dienstleistungen, welche Gehl versprachen oder einzahlteten, um decorirt zu werden, geringe Theilnahme, und auch nur bis zu einem gewissen Grade den Schutz des Gesetzes. Nicht um sie handle es sich jedoch, sondern um die öffentliche Moral und Sicherheit. Was die Bestrafung anbetrifft, so wäre es nur billig, wenn Wilson am schwersten getroffen würde, denn was auch seine Werkzeuge gehabt haben mögen, er, der mächtige Abgeordnete, der Schmiede des Staatsoberhauptes, war der Urheber und Ansitzer ihrer Übertretungen des Gesetzes. Nach ihm kommt Ribaudieu, sein Freund und Vertrauter, und dann folgen Dubreuil und Herbert, von denen der erstere schon wegen Schwindels verurtheilt worden war, während der andere bisher noch nicht gerichtlich beanstandet ist, sowie die Razzazi, über die schon zwei gerichtliche Urtheile verhängt sind, weshalb Herr Lombarel sie für das dritte Mal der Nachricht der Richter empfahl.

In der heutigen Verhandlung ergriff Me. Signorino das Wort, um die Vertheidigung Dubreuil's zu führen. Der Advocat verlangte die Freisprechung seines Clienten, der sich nicht eines imaginären Credits rühmte, als er Crespin de la Jeannière durch Ribaudieu mit Wilson in Verbindung brachte. Wilson war, das wird allgemein zugegeben, damals vielleicht die einflussreichste Persönlichkeit in Frankreich. „Wenn Sie“, führte Me. Signorino aus, „den Credit Dubreuil's als imaginär betrachten, so müßte man aller Wahrheit wider zuwider auch sagen, der Credit Wilson's wäre ein imaginär gewesen, der Credit, den die öffentliche Meinung seit sechs Jahren als ungeheuer, übertrieben, ja sogar monströs und für die nationale Souveränität gefährlich hinstellte.“ Der Artikel 405, auf den sich der Staatsanwalt stützte, kam auf Dubreuil nicht angewendet werden, ebensowenig wie das Urtheil des Cassationshofes gegen den Baron Gölln, da in dem Handel Crespin nicht das Kreuz verkauft, sondern bloß Bemühungen entloht wurden. Me. Signorino eilt zum Schluß eine Stelle aus einem Memorandum des großen Carnot an den König, in welchem er gegen den Schächer mit Auszeichnungen nur die Freiheit der Presse verlangte.

Belgien.

a. Brüssel, 22. Febr. [Ministerielle Erklärungen über das Bündnis Deutschlands und Belgiens. — Zur Zuckerfrage.] In der gestrigen Kammeröffnung begründete der Lütticher Deputierte Herr Neujean seine Interpellation über das Vorhandensein eines geheimen Vertrages zwischen Deutschland und Belgien. Seit Monaten, so führte er aus, behauptete die ausländische und belgische Presse, es existiere ein solcher Vertrag. Man sage, der König könne solche Verträge schließen, aber weder werde der König sich in einer solchen Weise persönlich einmischen, noch sei er tatsächlich im Stande, auch nur das Geringste ohne Zustimmung der Minister zu thun. Er hoffe, daß das Ministerium genug Patriotismus besitzt, um sich nicht „einer derartigen Thorheit und eines solchen Verbrechens“ schuldig zu machen. Ueberdies habe der Londoner Vertrag von 1831, der später als die belgische Verfaßung zu Stande gekommen sei, Belgien zu einem unabhängigen, für immer neutralen Staate gemacht und diese Neutralität sei eine unbedingte, sie sei die Bedingung der Existenz Belgiens; jedes Abkommen sei eine Verletzung der Pflichten der Neutralität. Der Minister des Auswärtigen, Fürst v. Chimay, ging auf diese Rechtsanschauungen des Deputierten gar nicht ein, sondern gab folgende Erklärung ab: „Es ist mir leicht, die soeben an mich gerichtete Frage zu beantworten. Herr Neujean kennt die Antwort im Voraus. Das neutrale Belgien hat niemals aufgehört, die Pflichten zu achten, welche sich an diese Neutralität knüpfen und Niemand hat versucht, seinen Entschluß nach dieser Richtung hin zu erschüttern. Belgien hat keinerlei Verpflichtung übernommen, es hat keinen Vertrag abgeschlossen, der nicht allen bekannt ist, und Alles, was einzelne Zeitungen über nach dieser Richtung hin gemachte Vorschläge sagen ist reine Fabel. Hierbei muß ich aber meinem tiefen Bedauern über einen Theil der Presse Ausdruck geben, welche täglich anscheinend es sich zur Aufgabe macht, grundlos gegen unser Land Vorurtheil und Misstrauen zu erregen. Das ist keine Opposition mehr. Möge man auf anderen Gebieten, auf dem Gebiete unserer Streitfragen täglich wiederholen, daß wir Unfähige, Schwachköpfe, Verblendete, mit allen Fehlern Behaftete sind, wir werden uns nicht beklagen. Es scheint, daß darin die Opposition besteht. Aber, wenn es sich um das Land, seine Lage vor Europa, seine internationalen Pflichten handelt, so ist das nicht mehr dieselbe Sache und die Verleumdung ist nicht zu entschuldigen. Ich danke daher Herrn Neujean

für seine Interpellation und hoffe, daß meine Antwort ihn voll befriedigt haben wird.“ Herr Neujean versicherte dem Minister, daß das Land seine „kategorischen Erklärungen, die jede Zweideutigkeit beseitigen“ mit Befriedigung aufnehmen wird. Als für die parlamentarischen Zustände Belgiens charakteristisch muß aber dabei hervorgehoben werden, daß bei dieser für das Land wichtigen Interpellation von 128 Deputirten nur 23 Volksvertreter im Hause erschienen waren. So wenig Interesse erregte bei ihnen die Neutralität des Landes; ein neuer Beweis für die Nachtheile des belgischen Censusregiments. — Die von der Havas-Agentur mitgetheilte Nachricht, Belgien habe sich für die Abschaffung der Zuckerräume ausgesprochen und dieselbe angenommen, ist nicht begründet.

M u s l a n d.

[Russifizirende Maßregeln] Der „Pos. Btg.“ wird aus Warschau geschrieben: Die russifizirenden Maßregeln der Regierung mehren sich. In Zukunft müssen auch Kataloge, Prospekte und Programme für Ausstellungen u. s. w. in beiden Sprachen: russisch und polnisch, gedruckt werden. Das Prinzip der Regierung, möglichst nur solche Drucksachen in den Verkehr gelangen zu lassen, welche in erster Linie russisch hergestellt sind, wird auf immer mehr Gebiete ausgedehnt. Die jüngste Warschauer Meldung einiger deutscher Blätter, die Petersburger Regierung wolle den Polen gegenüber mildere Saiten aufziehen, „die polnische Sprache in der Schule und im amtlichen Verkehr schützen“ — ist vollständig ins Reich der Fabel zu verweisen. — Für die Ausbreitung der orthodoxen Kirche wird in Polen nach Kräften weiter gearbeitet. Die Petersburger Regierungsblätter thelen jetzt offiziell mit, daß auch für Tomaszow im Gouvernement Lublin der Bau einer großen russischen Kirche in Aussicht genommen ist.

Provinzial - Zeitung.

Breslau, 24. Februar.

Bur Canalisation der oberen Oder.

Nachdem durch die Verhandlungen in der Stadtverordneten-Versammlung vom 9. d. M. Klarheit darüber geschaffen worden ist, welche Ursachen die Einbringung eines Gesetzentwurfs, betreffend die Canalisation der oberen Oder, im Landtage verzögern, sind in den interessirtesten Kreisen lebhafte Erörterungen über die Vorzüge resp. Nachtheile der beiden Projekte, wonach die Schiffsstraße durch bzw. um Breslau geleitet werden soll, angestellt worden. Es dürfte schwer zu entscheiden sein, ob die Anhänger des Projectes „durch Breslau“ oder diejenigen des Projectes „um Breslau“ die Majorität haben. So viel steht jedoch fest, daß der Magistrat in seiner Sitzung vom 21. d. M. sich — wenn auch nur mit einer Stimme Majorität — für das Project entschieden hat, wonach die Schiffsstraße durch Breslau geleitet werden soll. Einen bedeutungsvollen Schritt hat nun in der Canalisationsfrage der Schlesische Provinzialverein für Fluss- und Kanalschiffahrt in einer heutigen Nachmittag 3 Uhr im Sitzungssaale der hiesigen Handelskammer stattgehabten Versammlung gethan. Dieser Verein hat nämlich, um sofort die Hauptfrage hervorzuheben, einstimmig beschlossen, an die bei der Canalisationsfrage beteiligten Ministerien (Arbeits-, Handels- und Finanzministerium) eine Petition abzugeben zu lassen, in welcher dieselben ersucht werden sollen, den Gesetz-Entwurf, betreffend die Canalisation der oberen Oder, noch in dieser Landtagssession einzubringen, ohne Rücksicht darauf, ob die Frage bezüglich der Durchführung der Schiffsstraße durch oder um Breslau bereits zur Entscheidung gekommen ist oder nicht. Außerdem wurde beschlossen, sofort sämtlichen schlesischen Abgeordneten beider Häuser des Landtages ein Exposé zugeben zu lassen, welches folgenden Inhalt hat:

In Bezug auf die Ausführung des Gesetzes vom 9. Juli 1886 erweckten die Worte des Herrn Oberpräsidenten von Schlesien in der Sitzung des Provinzial-Landtages vom 29. October v. J.: „Was den Antrag anbelangt, die Regulirung der Oder vom Einfluß der Glazier Steife bis Cöbel thunlich zu beschleunigen, so darf ich im Anschluß an das, was der Herr Minister in der Kammer geäußert hat, mittheilen, daß der Herr Minister die Herstellung aller Vorarbeiten angeordnet hat, welche für diesen Zweck erforderlich sind. Diese Vorarbeiten, die sehr umfangreich sind — ich werde Ihnen einige Details darüber mittheilen — sind sämtlich vollendet und liegen dem Herrn Minister vor, so daß in der nächsten Session der beiden Häuser des Landtages darüber Beschuß gefaßt werden kann“ die zuversichtliche Erwartung, daß in der

Belohnung mit dem Lorbeerreise. Der Dichter, der sich hinsetzt, um Honorar zu erschreiben, unterscheidet sich von dem wahren Dichter, wie der Sänger, der jubelnd sein Lied gen Himmel sendet oder die klgenden Laute im Mondenscheine an seine Geliebte richtet, von dem Choristen, der auf der Bühne für die Gage singt und die Laute schlägt. Das ist der Unterschied zwischen dem echten und dem falschen Poeten; der eine lebt, um zu dichten, der andere dichtet, um zu leben. Nun freilich wird es auch der echte Dichter nicht eben als ein Unglück empfinden, wenn sich zu der eigenen Befriedigung des Herzens, das sich in dem Kunstwerk ausströmt, die Anerkennung durch klingende Münze gesellt. Und gerade von diesem Gesichtspunkte aus wird man zugeben müssen, daß heutzutage gute Werke ihres Lohnes sicher sind. Ja, es werden Honorare gezahlt, welche einen tüchtigen Schriftsteller auf die Höhe des bürgerlichen Lebens erheben. Und weshalb werden sie gezahlt? Weil das deutsche Volk ungleich mehr Bücher kauft als zuvor. Freilich kommen auch heute noch die seltsamsten Rücksäle in jene Zeit vor, in der man es noch nicht für ein Bedürfniß hielt, die Bücher ausgezeichneten Schriftsteller nicht nur zu sehen, sondern auch zu besitzen. Uns selbst sind Beispiele genug bekannt, welche beweisen, wie immer noch gerade für die Aristokratie der Geburt und des Geldes ein Büchlein „Es schick sich nicht“ notwendig wäre. Eine hochgeborene Gräfin bittet einen der ersten deutschen Dichter der Gegenwart, da sie dessen neuen Roman, trotz wiederholter Bestellungen, seit zwei Monaten aus der Leihbibliothek nicht erhalten könne, ihr doch ein Exemplar zu borgen, da sie sich für alle Schöpfungen dieses Dichters ungemein interessirt. Indessen solche Tactlosigkeiten bilden heute zweifelsohne die Ausnahme im deutschen Volle. Gute Schriften werden massenhaft gekauft. Selbst mittelmäßige Romane von einigermaßen namhaften Autoren bringen heute Honorare, wie sie Schiller für seine gesammelten Werke nicht erhalten hat. Denn das Publikum liest und kauft überaus rege. Können doch zu gleicher Zeit wohl ein Dutzend neuer Ausgaben von Heine erscheinen! Wenn nicht jeder Dichter sich gleicher Berücksichtigung rühmen kann, so ist in der Regel der wirkliche Grund für die Klagen des Dichters nicht die Theilnahmslosigkeit der Massen, sondern die Schwäche seines Talents. Eine Nation, welche Spielhagen, Heyse, Baumbach, Julius Wolff, Redwitz so liest und kauft, wie die deutsche, kann man nicht beschuldigen, keine Bücher zu kaufen, und wenn man den Erfolg der Frau „Wilhelmine Buchholz“ nicht gelten lassen will, weil dieselbe einen Vergleich mit der „Bluthochzeit“ nicht zulasse, so ist doch unzweifelhaft jedes Dichtwerk eines Erfolges sicher, wenn es in seiner Art so gut ist wie die „Familie Buchholz“ in der ihren.

Ernst ist das Leben und die Kunst nicht immer heiter genug, um sich über die Schranken, welche die brutalste aller Erfindungen, das Universaltauschmittel Geld, zieht, zu erheben. Aber auch auf dem literarischen Gebiete ist es oft angemessener, statt zu eitlen Klagen und Anklagen zu greifen, die kräftige Selbsthilfe zu erfassen. Es ist erfreulich, daß neuerdings in der deutschen Schriftstellerwelt das Gefühl der Solidarität zu wachsen und der genossenschaftliche Sinn sich kräftig zu beflügeln beginnt. Wir haben den wiederholten Schriftstellerartikeln mit gelinden Zweifeln entgegengesehen; wir haben an den unfruchtbaren Verhandlungen gelegentlich Kritik geübt. Um so bereitwilliger erkennen wir an, daß endlich das Stadium der ideologischen Vorbereitungen überwunden und der praktische Boden des Lebens betreten ist. Der Deutsche Schriftstellerverband ist wirklich zu Stande gekommen; er lebt nicht mehr lediglich im Reiche der Gedanken, sondern er ist greifbare Wirklichkeit geworden; er hat seine Organisation, er hat sein Blatt, er hat sein Syndicat, er hat sein Bureau. Ursprünglich hat man sich den Kopf zerbrochen, wie der Schriftstellerverband zu schaffen sei, ohne daß man der Erlangung der Corporationsrechte gewiß sei. Wir haben damals gefragt, wozu es dieser Corporationsrechte einstweilen bedürfe, da hundert und tausend Vereine ähnlichen Zweckes ohne diese Rechte auszukommen wissen, und siehe da, heute hat sich der Deutsche Schriftstellerverband einigermaßen, und hat der Vorstand seine Tätigkeit begonnen, haben die Bezirksvereine sich organisiert, werden Beiträge erhoben und Kosten bezahlt, und von der Erlangung der Corporationsrechte ist noch gar nicht die Rede. Auch wenn der Antrag auf Gewährung der juristischen Persönlichkeit abgelehnt wird, wird der heutige Verband bestehen und hoffentlich allzeit erfreulich wirken. Unter des würdigen Robert Schweidler, als Mensch wie als Dichter gleich ausgezeichnet, Vertrauen erweckender Leitung, entfaltet sich der Deutsche Schriftsteller-Verband zu einer Blüthe, welche schon jetzt die Hoffnung näht, es werde auch dem Deutschen Vereine eine Zukunft bechieden sein, wie den Schriftstellerverbänden in Frankreich und England und wie der Wiener „Concordia“. Freilich ist alles noch in den Anfängen. Die „Deutsche Presse“ hat heute ihre achte Nummer ausgegeben, welche eben die Errichtung des literarischen Bureaus ankündigt. Wenn dieses Bureau hält, was man sich von ihm verspricht, wenn es den Nachdruck zu treffen, den Schriftstellern mit Rath und That zu helfen, die Stellenvermittlung zu besorgen, vielleicht auch zwischen Angebot und Nachfrage ein billiges Mittelglied darzustellen, wenn dazu das Syndicat bei Streitigkeiten die Sache der Schriftsteller zu führen, Ausgleiche zu bewirken und Rechte durchzusetzen weiß, wenn ferner

nächsten Landtagssession eine entsprechende Vorlage eingereicht werden würde. Man durfte um so sicherer diese Erwartung beginnen, da bekannt wurde, daß die fröhlig fertiggestellten Projekte alsbald von dem Herrn Arbeitsminister dem Herrn Finanzminister übergeben worden waren.

Um so mehr mußten die jüngsten Nachrichten befremden, nach welchen der Einbringung der Vorlage eine Einigung der königl. Staatsregierung mit der Stadt Breslau vorangehen solle. Nach den Erklärungen des Breslauer Magistrats in öffentlicher Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung, ist demselben erst am Montag, 6. Februar er, mittelst eines Rescripts des Herrn Oberpräsidenten Kenntnis gegeben worden von dem ausgearbeiteten Project eines Lateralcanals zwischen der Stadt und der alten Oder, obgleich Magistrat sich bereits am 6. November v. J. direkt an den Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten gewandt hat mit der Bitte, ihm Einsicht in die generellen Entwürfe gewähren zu wollen, und eine endgültige Entscheidung erst zu treffen, nachdem Magistrat gehört habe. Es würde in Schlesien zu bitter empfunden werden, wenn nach diesen Vorgängen die Landtagssession geschlossen würde, ohne irgend welche Bewilligung für die obere Oder.

Richts steht dem entgegen, daß mindestens die Mittel zur Canalisierung der Oder von der Reissmündung bis Cöbel bewilligt werden. Es dürfte ferner keinem Bedenken unterliegen, die Mittel ebenfalls zur Regulirung bis zum Breslauer Unterwasser zu gewähren mit dem Vorbehalt, daß die Stadt Breslau dasjenige leisten werde, was ursprünglich bei Übermittlung des ersten Projektes von hier gefordert wurde, und daß der Staat nicht mehr Mittel aufzubringen haben werde, gleichviel ob der Schiffsverkehr durch oder um die Stadt gewählt werde. Eine Einigung über die zweckmäßige technische Ausführung einer Verbindung zwischen Ober- und Unterwasser bei Breslau könnte später erfolgen.

Eine Erhöhung der Ansprüche an die Stadt Breslau erscheint wohl kaum gerechtfertigt. Wir glauben umso mehr, daß Schlesien hierauf Anspruch machen kann, als die Oder und das Odergebiet bisher nicht in dem Maße wie die anderen Ströme berücksichtigt worden sind. Wie sich aus der beifolgenden Zusammenstellung ergibt, wurde für die Oder pro Kilometer schiffbarer Länge die niedrigste Ausgabe in Aussicht genommen, für den Rhein sogar siebenmal soviel. Auch mit den 23—24 Mill. Mark, welche notwendig sind, um die Oberschiffahrt vom Breslauer Unterwasser bis Cöbel zu verbessern (ohne Cöbler Hafen), ergiebt sich erst für den Kilometer schiffbaren Oderlaufs ein Aufwand von 35 602 M., nur etwa die Hälfte von dem, was für den Rhein vorgesehen ist. Dabei bleibt hervorzuheben, daß in wirtschaftlicher Beziehung, für die Förderung wasserländischer Erzeugnisse, insbesondere des Austausch der Erzeugnisse des Bergbaues, der Landwirtschaft und des Gewerbes seines Landesteils zu Landesteil die Oder von ungleich größerer Bedeutung ist, als jeder der anderen Ströme Preußens, bei denen die Aufwendung des preußischen Staates viel mehr ausländischen Erzeugnissen zu Gute kommt.

Zeitungsbücher aufsatz enthält das Rescript des Herrn Oberpräsidenten an den Herrn Oberbürgermeister auch folgende Ausführung: „Nach dem Vorgange des Gesetzes vom 9. Juli 1886, betreffend den Bau neuer Schiffahrtskanäle und die Verbesserung vorhandener Wasserstraßen, sowie nach grundsätzlichen Erwägungen, soll die Bereitstellung des geforderten für das Unternehmen, einschließlich aller Nebenanlagen, erforderlichen Grund und Bodens aus Interessentenkreisen, wie beim Kanal von Dortmund nach den Emshäfen, so auch in diesem Falle zur Voraussetzung gemacht werden.“ Demgegenüber glauben wir hervorzuheben, daß in dem Gesetze vom 9. Juli 1886 solchen grundsätzlichen Erwägungen kein Ausdruck verliehen ist; es besteht ein großer Unterschied zwischen Verbesserung einer vorhandenen Wasserstraße und Herstellung einer gänzlich neuen, auch nicht einmal durch die Bodenbeschaffenheit angezeigten Wasserstraße, wie der Dortmund-Emskanal. Es dürfte in dieser Beziehung wohl die Canalisation des Maines in Vergleich zu ziehen sein, bei welcher Preußen sogar die Gesamt kosten übernommen hat, obgleich der Main auf einer großen Strecke von anderen Staaten begrenzt wird, und obgleich beim Main auch nicht im entferntesten solche allgemeine Landesinteressen und eine solche wirtschaftliche Bedeutung des Stromes in Frage kommt, wie bei der oberen Oder.

Etwas anderes ist es, wenn von der Stadt Breslau ein Äquivalent gefordert wird für Lasten, welche ihr abgenommen werden sollen oder für besondere Anlagen, welche im Interesse der Stadt gemacht werden. Thatlich ist es auf alle Fälle, daß Meinungsverschiedenheiten zwischen der königl. Staatsregierung und dem Magistrat obwalten, von denen man nicht wissen kann, bis wann sie beglichen sein werden.

In Anbetracht, daß, sobald auch Localinteressen mitsprechen, sich die Lösung solcher Probleme mitunter sehr lange hinzieht (wie z. B. bei der hiesigen Schlachtofffrage, welche nahezu seit einem Jahrzehnt auf der Tagesordnung steht), so sollte die Canalisation der oberen Oder dieserhalb nicht ins Ungewisse hinausgeschoben werden.

In der Anlage, auf welche in dem vorstehenden Exposé Bezug genommen wird, führt der Verein auf Grund amtlicher Angaben den Nachweis, daß für Regulirung von 225,25 km schiffbaren Weichsellaufes im Ganzen 15 762 000 M. bewilligt worden sind. 1 km regulirten Stroms würde also kosten 69 975 M. Ein Regulirungsprojekt für die Weichselmündungen ist noch vorbehalten. Für Regulirung der Oder sind auf eine Länge von 772 km bisher bewilligt worden 7 300 000 M. (pro km 9885 M.) Die Bewilligung der Mittel zur Canalisation der Oder von der Neisse-

Hilfsklassen geschaffen werden, so wird man noch weniger begründete Klagen über Schriftstellerelend und Dichterjammer in Deutschland vernehmen, als nach dem Tode von Albert Lindner. Freilich ist auch hier die Voraussetzung: „Einer für Alle, Alle für Einen.“ Wenn es der Dichter oder Tagesschriftsteller mit dem Mindesteinkommen verschmäht, demselben Verband anzugehören, wie der Papiertragelöhnern, der nach der Zeile bezahlt wird, so wird auch der neue Verband bald zu Trümmer gehen. Aber gerade die jüngsten Listen der neu eingetretenen Mitglieder legen Zeugnis von dem Gemeinstimm ab, der die ganze deutsche Welt der Feder beseelt. Und darum ist die zuversichtliche Hoffnung berechtigt, daß sich in diesem Falle das Wort bewähren werde: „Einigkeit macht stark“. Allerdings leben wir nicht in dem Wahne, es werde irgend ein Verband oder irgend eine Hilfskasse nun die Möglichkeit ausschließen, daß ein deutscher Dichter dem Wahnsinne oder dem Elend versalle, so wenig wie dem Überglauen huldigen, daß eine Mitgliedskarte bei einem Schriftstellerverbande schon zum Schriftsteller, geschweige denn zum Talent oder Genie mache. Auch in Zukunft wird schließlich sowohl für den Dichter wie für den berufsmäßigen Verfasserverehler immer gelten, was der Dichter für alle Welt gesagt hat:

Das ist der Weisheit letzter Schluf:
Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben,
Der täglich sie erobern muß.

Walter Lund.

Universitäts-Nachrichten. Aus Göttingen wird der „Frankf. Btg.“ geschrieben: „Der Historiker Dr. Ludwig hier ist zur Übernahme der Leitung der Monumenta Germaniae aufgefordert worden. Er hat sich indeß noch nicht entschieden, ob er die Berufung annehmen soll. — Der bisherige Curator der Universität Marburg, Geh.-Rath Dr. E. Meier, hat die Stelle als Curator seiner Universität angenommen.“

Londoner Mittheilungen zufolge wurde der Honvéd-Lieutenant Dr. Aurel Stein zum Professor — Principal of oriental college and Registrar — an der Universität Lahore ernannt. Herr Dr. Stein, der durch seine Asien-Forschungen die Anerkennung der Fachgelehrten errang, unternahm nach den Herbstfahrten die Reise nach Bombay. Die aus Indien an seine in Pest lebenden Verwandten gerichteten Briefe sind voll interessanter Berichte über das Volksleben in Indien.

Der Erbprinz von Waldeck und Pyrmont, welcher im laufenden Wintersemester an hiesiger Universität als Student immatrikulirt war, hat einer Mittheilung der „Leipz. Gerichtsztg.“ zufolge bei seinem Weg nach den Herbstfahrten die Reise nach Bombay. Die aus Indien an seiner Art so gut ist wie die „Familie Buchholz“ in der ihren.

inführung aufwärts bis Görlitz demnächst zu erwarten sein. Für Regulierung von 434,01 km schiffbaren Elbstroms sind bewilligt 9319000 M. (pro km 21449 M.), für 333 km schiffbaren Weserstroms 3200000 M. (pro km 9609 M.), für 360 km schiffbaren Rheinstroms 23798000 M. (pro km 66105 M.).

Danach ergeben sich folgende Verhältniszahlen:

	a.	b.
	der schiffbaren Längen des Aufwandes pro km	
Oder	100 km	100 M.
Elbe	56,2 =	223,8 =
Rhein	46,6 =	689,6 =
Weier	43,1 =	100,25 =
Weißel	29,2 =	730 =

Seitens des Vorsitzenden, Commerzienrath Schöller, war ursprünglich nur die Absendung des Exposés an die schlesischen Landtagsabgeordneten vorgeschlagen worden. Demgegenüber machte Oberbergrath Dr. Wachler, Director des Schlesischen Bankvereins, das Bedenken geltend, daß die Angelegenheit dadurch nicht gefördert würde.

Die Abgeordneten würden das Exposé nur als eine Privatzuschrift betrachten können und es demgemäß behandeln. Der Schlesische Provinzialverein für Fluss- und Canalschiffahrt lege sich einen öffentlichen Charakter bei. In Folge dessen müsse er seine Wünsche, besonders da die Sache eilig ist, dem Arbeitsminister, sowie den anderen beteiligten Ministern direct zugehen lassen.

Es sei selbstverständlich, daß der Verein sich an die schlesischen Abgeordneten mit dem Ersuchen wende, die Eingabe zu unterstützen. Hauptmann a. D. Schimmelepfennig (Oberbürgermeister) sprach die Meinung aus, die Abgeordneten Schlesiens seien bezüglich dieser Angelegenheit genügend informiert und haben auch dem Minister gegenüber in verschiedenen Conferenzen ihre Wünsche geäußert.

Es sei daher zwecklos, ihnen eine Eingabe zugehen zu lassen. Aber auch auf den Minister würde dieselbe keinen Eindruck machen, denn der Fortgang der ganzen Angelegenheit hänge davon ab, wie die Frage bezüglich des Breslauer Schiffahrtsweges entschieden wird.

Auf jeden Fall wäre es aber inopportun, an den Minister mit Wünschen in der Frage der Kosten heranzutreten, das könnte möglicherweise sein Interesse an dieser Angelegenheit vermindern.

Redner meinte schließlich, daß der Verein nicht eher einen Schritt thun sollte, als bis die Stadtverordnetenversammlung ihre Entscheidung gefällt hätte.

Handelskammer-Syndicus Dr. Gras erklärte, auf dem Standpunkte des Vorsitzenden zu stehen.

Er versprach sich allerdings von der Eingabe an die schlesischen Abgeordneten keinen allzu großen Erfolg, den Hauptwerth lege er aber auf die hochinteressante Anlage, welche in Hand der schlesischen Abgeordneten ein äußerst schätzbares Material sei.

In seinen Conferenzen mit dem Minister Maybach habe sich derselbe durchaus nicht abgeneigt gezeigt, die Frage des Breslauer Schiffahrtsweges in der Schwere zu lassen, nur im Finanzministerium liegen die Schwierigkeiten.

Redner betonte, daß die Frage, ob die Schiffahrt durch oder um Breslau zu führen sei, nicht in Breslau, sondern in Oberschlesien entschieden würde.

Er sei für das Project „durch Breslau“. Zögern die Oberschlesier das andere Project vor, so sollten sie auch an den Kosten partizipieren.

Stadtverordnete und Kaufmann Dr. jur. Caro trai den Ausführungen des Hauptmanns Schimmelepfennig entgegen. Die Stadtverordnetenversammlung könne so schnell nicht die Vorlage erledigen.

Auch glaube er nicht, daß, wie Dr. Gras hervorgehoben hatte, die Oberschlesier einen Beitrag zu den Kosten des Kanals um Breslau leisten würden.

Man müsse die Angelegenheit beschleunigen ohne Rücksicht auf den Beschluß der Stadt.

Dr. Gras teilte mit, daß die Vorlage, betreffend die Breslauer Schiffahrtsstraße, der Stadtverordnetenversammlung am ersten März zugehen wird.

Vorausichtlich werde dieselbe, dem Antrage des Referenten gemäß, an den Ausschuß II oder an einen ad hoc zu wählenden Ausschuß überwiesen werden.

Im besten Falle könnte die Sache am 8. März im Plenum wieder zur Berathung gelangen.

Da er in Berlin erfahren habe, daß der Landtag

bis über Ostern hinaus tagen werde, so sei nicht zu fürchten, daß durch die Berathungen der Stadtverordnetenversammlung die Einführung des Gesetz-Entwurfs noch in dieser Session verhindert werde.

Director Ströhler schloß sich den Ausführungen des Oberbergraths Wachler an.

Er plauderte sodann für die Anlage eines Kanals in Breslau.

Das sei vom Standpunkte des Schiffahrtsinteressenten

das allein empfehlenswerthe Project.

Auch die Regierung scheine dieses Project zu wünschen.

Er glaube daher, daß die Entscheidung nicht in der Hand der städtischen Behörden liege. Dem gegenüber

hob Dr. Gras hervor, daß Minister Maybach sich dahin geführt habe,

er habe nichts gegen das Project, wonach die Schiffahrt durch Breslau

geleitet werden soll, einzuwenden.

In übrigen sei die Regierung nicht

so illoyal, der Stadtgemeinde die Projekte zur Entscheidung vorzulegen,

aber nur das eine zu wollen.

Bei Anlage eines Lateralcanals um Breslau müßte der Margareten,

auf dessen Terrain die klinischen Institute errichtet werden, gänzlich von Dämmen umgeben werden.

Wie er gehört habe, habe die medicinische Facultät hiergegen seine

Bedenken ausgesprochen.

Auf Antrag des Oberbergraths Wachler

und Bernhardi-Oberschlesien wurden sodann die oben mitgetheilten

Beschlüsse gefaßt.

Mit Abschaffung der Petition an die Minister wurden

Oberbergrath Wachler und Commerzienrath Schöller beauftragt.

Professor Bartsch †.

Unser schlesischer Landsmann, der berühmte Germanist Carl Bartsch, Geh. Hofrat und Professor, ist am 19. d. Mts. in Heidelberg gestorben. Er war am 25. Februar 1832 zu Sprottau geboren, wo er in seinem elterlichen Hause, einer sehr geachteten und gebildeten Beamtenfamilie, eine sorgfältige Erziehung genoss. Ein Teil seiner Kindheit verlebte er auch in Gleiwitz, wohin die Familie wegen Besetzung des Vaters übergesiedelt war. Den größten Theil seiner Studienzeit brachte er in Breslau zu und die Alma Viadrina darf ihn nun mehr mit Genugthuung und Stolz zu ihren würdigsten Schülern zählen. Nachdem er die Universität verlassen, war er eine Zeit lang Custos am germanischen Museum zu Nürnberg. 1858 wurde er zum Professor der romanischen und germanischen Philologie zu Rostock ernannt. 1871 wurde er Holzmann's Nachfolger in Heidelberg. Er besaß eine umfassende Gelehrsamkeit und beherrschte das weite Gebiet der älteren deutschen und englischen Literatur, der provençalischen Sprachdenkmäler und der mittelalterlichen italienischen Dichtungen. Von seinen größeren Werken erwähnen wir nur „Untersuchungen über das Nibelungenlied“ (Wien, 1865), denen er eine vortreffliche Uebersetzung des Nibelungenlied's folgen ließ. Als Uebersetzer von Dante's göttlicher Komödie und Burns' Piedern hat er sich auch außerhalb des gelehrt Fachpublikums einen berühmten Namen erworben. Es muß einer berufenen Feder vorbehalten bleiben, seine zahlreichen Werke näher zu verzeichnen und zu würdigen, damit dem Verewigten die gebührende Stellung in der Literatur zu Theil werde. Auch als selbstständiger Dichter hat er sich vernehmen lassen und seine Gedichte: „Wanderung und Einkehr“ (Leipzig, 1874) zeugen von einem tiefen poetischen Gemüth und haben reichen melodischen Klang. In seinen vor mehreren Jahren begonnenen „Erinnerungen“ schilbert er in anmutiger Weise das Leben in seinem elterlichen Hause, die Tage seiner Kindheit, die er in Sprottau und Gleiwitz verlebt hat.

Er hing mit kindlicher Liebe an seiner schlesischen Heimat, kehrte oft zu längerem Aufenthalt hierher zurück, um frische Kräfte zu neuer Arbeit zu sammeln. Wer ihm im Leben näher gestanden, wird seine Lebenswürdigkeit, die Milde und Sanftmuth seines Charakters, sein bescheidenes Wesen und die geistige Anregung, die von ihm ausging, nicht vergessen. Wir wollen nur dies bescheidene Kränzlein, wie es eine schlichte Freunde handt, heut auf sein frisches Grab legen. Die deutsche Muse, der er den größten Theil seines arbeitsreichen Lebens gewidmet, wird ihm den unverweltlichen Kranz nicht vorenthalten.

S. M.

* **Lobe-Theater.** „Die blaue Grotte“ von Emil Pohl geht am Sonnabend, 25. Februar, zum ersten Male in Scene. Die Hauptrollen vertreten die Herren Homann, Lallemand, Tusch, Sasse und Pauli, sowie die Damen Schneid, Fey, Brion und Gabri. Am Sonntag findet Nachmittags 4 Uhr zu kleinen Eintrittspreisen eine Wiederholung vom „Bewunderten Schloß“ und Abends 7½ Uhr eine solche von „Die blaue Grotte“ statt. Am Montag, 27. Februar, gastiert Herr Felix Schweighofer als Theater-Director Strieze in dem lustigen Schwan „Der Raub der Sabineinnen“. Frau Amalie Wedek feiert am Mittwoch, 29. d. Mts., ihr 50jähriges Künstler-Jubiläum; es wird zu diesem Abend eine Festvorstellung stattfinden.

* **Lichtenberg'sche Kunstaustellung.** Die Separat-Ausstellung im Museum der Original-Gemälde von Hans Makart: „Der Frühling“, Gabriel Mar: „Es ist vollbracht!“, Emanuel Spitzer: „Der aristote Bahnunfall“ u. c. c. endet mit Sonntag, 26. d. Mts., da trotz des guten Besuches die für diese Gemälde in anderen Städten früher bereits eingegangenen Verpflichtungen eine längere Ausstellungsdauer nicht gestattet.

* **Gärtnerische Studiereise.** Am Sonnabend Nachmittag treffen mit dem Berliner Schnellzug etwa vierzig der hervorragendsten Gärtnerbesitzer, Gartenvertreter und Gartenfreunde Berlins und Mitteldeutschlands unter Führung des Geh. Ober-Regierungsrathes Singelmann vom königl. preußischen landwirtschaftlichen Ministerium, des Vorsitzenden des Vereins zur Förderung des Gartenbaus in den königl. preußischen Staaten und des Vereinssekretärs, Professors Dr. Witzmann, von der landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin hier ein und fahren mit demselben Zuge nach Brieg weiter, wo Nachquartier genommen wird. In Brieg wird am Sonnabend Abend der für seine hervorragenden Verdienste um die Erbauung des Gartenbaus zum königl. Gartenbaudirector ernannte Civilingenieur Herr Carl Eduard Haupt diesem Kreise von Fachmännern in ausführlichen Vorträgen die Eigentümlichkeiten der von ihm konstruierten Gewächshäuser, Heizungsanlagen u. c. und seine Culturnmethoden darlegen. Am Sonntag Vormittag öffnet Herr Gartenbaudirector Haupt den Gästen seine Treibhäuser und leitet persönlich deren Besichtigung. Am Sonntag Nachmittag 2 Uhr 25 Minuten treffen die Herren in Breslau ein und begeben sich nach dem botanischen Garten, wo Herr Professor Dr. Engler und Herr Gartenbaudirector Stein die Führung der Gäste übernehmen. Darauf schließt sich die von Frau Commerzienrath Giechborn gestaltete Besichtigung der von Herrn Obergärtner Schütze geleiteten Giechborn'schen Gärtnerei. Bis zum Abgang des Abendquartezes nach Berlin werden die Gäste dann noch Gelegenheit haben, gesellig mit den hiesigen Fachmännern zu verkehren. Wir haben ausdrücklich hervor, daß es das erste Mal ist, daß eine derartige Excursion gärtnerischer Autoritäten Schlesien besucht, und zwar ist die Veranlassung dazu ausschließlich das große Aufsehen, welches die Haupt'schen Culturnen und die aus ihnen hervorgehenden Produkte durch ganz Deutschland und darüber hinaus hervorruft.

* **Collete.** Dem Comité zum Bau einer evangelischen Kirche in Wanzen ist von dem Herrn Oberpräsidenten der Provinz Schlesien die Genehmigung erteilt worden, zum genannten Zweck im Laufe des Jahres 1888 eine einmalige Sammlung mildrer Beiträge in Form einer Haus-Collete bei den bemittelten evangelischen Haushaltungen der Regierungsbezirke Breslau und Liegnitz zu veranstalten.

* **Frauenbildungs-Verein.** Am vorigen Montag sprach Herr Bandmann, prakt. Arzt, über die Zahne, ihre Entstehung und Erhaltung, seinen belebrenden Vortrag an Zeichnungen anlehnend. Außerdem erfreuten Clavierpiel und Gesang die Versammlung. Aus den Vereinsmittheilungen sei hervorgehoben, daß die Zahl der Schülerinnen in allen Abtheilungen der Vereinschulen, Catharinenstraße 18, 283 beträgt. Davon entfallen auf die Lehranstalt 192, die Fortbildungsschule 38, die Kinderpflegerinnenschule 24, das Handarbeitslehrerinnen-Seminar 29. Die staatliche Prüfung für die leichtgenannte Abtheilung findet am 19. März statt, der neue Ausbildungscursus beginnt Anfang April, wozu Meldungen in der Registratur, Catharinenstraße 18, Gartenhaus, entgegenommen werden.

N. **Kaufmännischer Verein „Union“.** Am 23. d. Mts. Abends trug Herr Marx Heinzel im Musikaale der Universität vor Mitgliedern der „Union“ und deren Gästen einzelne seiner effectvollsten Dichtungen, sowie auch Geistesprodukte anderer Dichter in schlesischer Mundart vor und erzielte damit einen durchschlagenden Erfolg.

N. **Provinzial-Geflügel-Ausstellung.** Diejenigen Ausstellungsobjekte, welche auf der, in der Zeit vom 3. bis 5. März d. J. in Guhrau stattfindenden Provinzial-Geflügel-Ausstellung ausgestellt gewesen und unverkauft geblieben sind, werden auf den Straßen der Königlichen Eisenbahn-Directionen in Breslau, Berlin und Bromberg unter den üblichen Bedingungen frachtfrei nach dem ursprünglichen Aufgaborte innerhalb 14 Tagen nach Schluss der Ausstellung zurückgefördert. In den Frachtbriefen für die Hinwendung ist ausdrücklich zu vermerken, daß die Sendungen durchweg aus Ausstellungsgut bestehen.

B. **Brandmeister Thomas.** den hiesigen Einwohnern durch seine frühere Stellung bei der hiesigen Feuerwehr bekannt, nahm vor ungefähr Jahresfrist eine Stellung in gleicher Eigenschaft bei der Hamburger Feuerwehr an. Siegt ist Herr Thomas zum Director der Feuerwehr in Dresden gewählt worden. Er wird die neue Stelle am 1. April er übernehmen.

* **Vom Wetter.** Die Kälte hat in der Nacht von Donnerstag zu Freitag nachgelassen; das Quecksilber sank im Laufe des Freitags nur bis 10° unter Null. Es hat sich heftiges Schneetreiben eingestellt, welches fortwährend anhält.

Z. **Vom Niesengebirge.** Ueber die vom geodätischen Institut zu Berlin für den nächsten Sommer geplanten Beobachtungen von der Schneekoppe aus wird Folgendes berichtet: Es gilt vor Allem so genau wie möglich zu bestimmen, wie weit die Schneekoppe nördlich vom Äquator und östlich von der Insel Ferro liegt, oder kurz gesagt: die geographische Länge und Breite für den höchsten Punkt Norddeutschlands soll ermittelt werden. Wenn bisher auf Kartenwerken die geographische Länge angegeben ist, so beruht diese Angabe nur auf Mutmaßungen und nicht auf sicherem Vergleichen, denn wissenschaftlich ist diese Frage noch nicht von der Schneekoppe aus behandelt worden. Was die Bestimmung der geographischen Breite anlangt, so ist dieselbe schon einige Male, zuletzt im Jahre 1863 vom General Baeyer getroffen worden. Durch die verbesserten und neu erfundenen Instrumente ist man aber im letzten Vierteljahrhundert auf einem Standpunkt angelangt, daß man in dieser Beziehung ein genaueres Resultat erzielen kann. — Die Größe des auf der Koppe zu erbauenden Beobachtungshauses von ungefähr 26 cbm Rauminhalt läßt schon einen ungefähren Schluss auf die Menge der aufzustellenden Instrumente ziehen. Es sollen gegen 10 Kisten im Gewicht von durchschnittlich 2 bis 2½ Cr. von Berlin eintreffen, die astronomische Universal- und Passagen-Instrumente, sowie astronomische Pendeluhrn u. c. enthalten. Mit den Beobachtungen ist Prof. Dr. Albrecht betraut, auch werden diesem noch zwei Assistenten zur Hilfe beigegeben. Die Beobachtungen geschehen zur Nachtzeit, weshalb das Beobachtungshaus die Stelle einer Sternwarte vertritt und sich in seiner Bedachung aufzuladen lassen wird. Es wird außerdem eine selbstständige telegraphische Einrichtung mit Aufstellung einer bedeutenden Batterie getroffen werden, um direct die Schneekoppe mit dem geodätischen Institut in Berlin zu verbinden. Für die gewöhnlich telegraphische Correspondenz wird die Morse-Schrift zur Anwendung kommen, und zur Vermittelung der astronomischen Signale wird man sich sog. astronomischer Register-Apparate bedienen. Die Arbeiten werden ungefähr 3 Monate, also die ganze Sommersaison dauern und die Beamten werden in der letzten Zeit ihrer Thätigkeit auch direct mit der Breslauer Sternwarte in Verbindung treten.

+ **Zur Verhaftung gesucht und steckbrieflich verfolgt wird von dem l. r. Kreisgerichte Badowice in Galizien der 25 Jahre alte wandernde Uhrmacher Franz Uhlaz, welcher am 4. Februar e. zu Kanczuga ad Kęty in Galizien einen dreifachen Mord an den Cheleuten Andreas und Marie Kubajczuk und der unverheiratheten Marie Wrobel vollführt, 1000 Gulden und eine Anzahl Tuche und Corallen gestohlen und schließlich eine Brandstiftung verübt hat, um die Spur seines Verbrechens zu verwischen. Der Mörder nennt sich Franz Bismann und betreibt nebenbei das Böttcher- und Kaminfeuer-Handwerk. Er ist von mittelgroßer, breitbäuerlicher Statur, hat blaues Gesicht, hellblaue hervorwachende Augen, dunkelblondes Haar, hellblonde kleinen Schnurrbart, er spricht deutlich und polnisch und trägt dunkle Kleidung. Der Vater des Mörders ist in einer Glashütte in Preußen beschäftigt. Es liegt die Vermuthung nahe, daß sich der Verbrecher nach der Provinz Schlesien begeben hat.**

+ **Polizeiliche Meldungen.** Gestohlen wurde einem Schaffner von der Lehrgangsstätte ein goldener Trauring, „E. K. 18. 11. 67.“ gravirt. — Gefunden wurden: ein schwarzer Regenschirm, ein schwarzer Muff und ein Gebetbuch. Vorstehende Gegenstände werden im Bureau Nr. 4 des Polizei-Präsidiums aufbewahrt.

○ **Sagan.** 23. Febr. [Ackerbauschule.] — Wohlthätigkeits-Concert. Die Ackerbauschule zu Briesnitz im hiesigen Kreise soll zum 1. Juli d. J. aufgelöst werden, da der Besuch in den letzten Jahren immer geringer geworden ist. — Das gestern Abend von Herrn Musikdirektor Theubert veranstaltete Wohlthätigkeits-Concert nebst Theater zum Besten der hiesigen „Kaiser Wilhelm-Stiftung“ hatte sich eines guten Erfolges zu erfreuen.

○ **Striegau.** 23. Febr. [Thierschule. — Lehrerverein.] Vorster hielte der hiesigen Verein zum Schuh der Thiere unter Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden, Lehrer Friedrich, seine statutemäßige Generalversammlung ab. Kassirer Lehrer Zimmermann legte den Rechnungsbuch vor, der eine Gesamtteilnahme von 674 M. und eine Gesamtausgabe von 234 M. nachwies, so daß ein Vereinsvermögen von 440 M. verbleibt. Aus dem Jahresbericht war zu entnehmen, daß der Verein auch im vorigen Jahre mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln bemüht gewesen ist, die Zwecke des Vereins zu fö

Telegraphischer Specialdienst
der Breslauer Zeitung.
Landtag.

* Berlin, 24. Februar. Das Abgeordnetenhaus berieb heute zunächst einen von Abgeordneten der conservativen Parteien, der Nationalliberalen und Centrums-Faktion unterstützten Antrag Hansen auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs zur Ermäßigung des Stempels für Veräußerungs-, Pacht- und Mieths-Verträge über Immobilien. Der Antragsteller hob in seiner Begründung die Zustimmung hervor, welche den Antrag früher bereits im Hause gefunden hat. Damals sei die Finanzlage ein Hindernis gewesen, das jetzt wegfallen. Mit der Ermäßigung des Stempels für Pacht- und Mieths-Verträge erklären sich alle Redner einverstanden, dagegen wurden von einem Theil der Conservativen Bedenken gegen die Ermäßigung des Veräußerungstempels erhoben, welche die Güterspeculation fördern könnte. Der Finanzminister von Scholz sprach sich recht ungehalten darüber aus, daß man ihm durch allerhand Anträge das mühsam erlangte Gleichgewicht im Staat störe. Die Regierung würde zu rechter Zeit schon die Initiative ergreifen. Wenigstens sollte der Veräußerungstempel ausgeschieden werden. In Folge dieser Erklärung änderte Freiherr von Zeditz von der freiconservativen Partei den Antrag dahin, daß für die nächste Session nur die Ermäßigung des Pacht- und Miethstempels ins Auge gefaßt und demnächst eine Ermäßigung des Veräußerungstempels angestrebt werden soll. In dieser Fassung wurde der Antrag vom Hause mit großer Majorität angenommen. Darauf trat das Haus in die Beratung des freisinnigen Antrages Berling auf Erlaß der Relicteurbeiträge für die Volkschullehrer vom 1. Juli 1888 ab ein. Der Abg. Zelle bezeichnete die Annahme des Antrages als eine Forderung der Gerechtigkeit, da sonst die Volkschullehrer hinter den übrigen Beamten zurückgesetzt würden. In der Discussion sprachen sich sämtliche Redner für den Antrag aus. Der Abg. Rickert hob noch besonders hervor, daß heute nach der enormen Erhöhung der Zölle und Steuern der Staat der Volkschule kaum so hoch sei, wie zehn Jahre früher unter dem Ministerium Falck. Da müsse doch wenigstens Geld für die Befriedigung dieser kleinen Forderung vorhanden sein. Minister von Goßler betonte, daß die Regierung bereits die Regelung der Frage in Aussicht gestellt habe. Die Schwierigkeit liege darin, daß der Kreis der Interessenten sich nicht mit den Elementarlehrern decke. Der Antrag wurde der Relicteurgesetz-Commission zur Vorberatung überwiesen. Das Haus erledigte darauf noch einige Petitionen. Montag wird der Polizei-Gesetz-Entwurf beraten.

Abgeordnetenhans. 25. Sitzung vom 24. Februar.

Präsident v. Kölle eröffnet die Sitzung um 11 Uhr.
Am Ministerische: v. Scholz, v. Goßler und Commissarien.

Bur Beratung steht zunächst der folgende Antrag Hansen und Genossen: „Die königl. Staatsregierung zu ersuchen, baldmöglichst, spätestens in der nächsten Session, dem Landtage der Monarchie den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, durch welches der Stempel für Veräußerungsverträge, sowie Pacht- und Miethsverträge über Immobilien wesentlich ermäßigt, bei letzterem auch im Falle stipulärer mehrjähriger Vertragsdauer eine Zahlung des Stempels in Raten ermöglicht, und wodurch ferner der Stempel für Verträge Zwecks Übertragung eines bestehenden Pacht- oder Miethsverhältnisses auf einen Dritten auf 1½ Mark bestimmt wird.“

Der Antrag ist von zahlreichen Mitgliedern der conservativen, freisinnigen, nationalliberalen und Centrumspartei unterstützt.

Der Antragsteller, Abg. Hansen (freicons.), rechtfertigt die Einbringung des Antrages mit dem Hinweis auf das immer allgemeiner sich Beachtung verschaffende Bedürfnis, welches auch in der großen Zahl der Unterschriften des Antrages zu Tage trete. Schon wiederholt habe das Haus ähnliche Anregungen gegeben, ohne daß bis heute die Staatsregierung darauf eingegangen wäre. Dringend nötig sei die Tempelermäßigung beim Besitzwechsel, noch nötiger aber für die Pachtverträge, und eine Ungerechtigkeit schwerster Art liege in der Erhebung des vollen Stempels für Pacht- oder Miethsverhältnissen auf einem Dritten auf 1½ Mark bestimmt wird.“

Abg. v. Erffa (conf.): Der Antrag sei von Wohlwollen gegen den Grundbesitz dictirt, soweit er die Ermäßigung des Pacht- und Miethstempels betreffe. Anders liege es mit dem Kaufstempel. Der geltende Satz von ½ Prozent sei ein recht mäßiger im Vergleich zur Gesetzung anderer Länder. Der Grundbesitz wechsle auch seinen Eigentümer viel weniger häufig, als der Mobilienbesitz. Zweckmäßiger könnte sehr wohl eine Erhöhung des Stempels für Mobilien erscheinen, wenn man das Verhältnis schon einmal corrigiren will. Die Wohlthat, die man mit der Ermäßigung dem Grundbesitz erweisen wolle, sei nur eine scheinbare, sie widerspreche der ganzen Natur des Grundbesitzes nach der Anschaugung der Conservativen. Man dürfe sich nicht daran betheiligen, den Grundbesitz noch mehr zu mobilisieren, als es durch die Gesetzung ohnehin schon zugelassen ist. Der in Roth gerathene Grundbesitzer wird bei niedrigerem Stempel viel eher zur Veräußerung seines Gutes gelangen können, während heute der Besitzer mit allen Kräften danach streben muß, sein Besitzthum möglichst lange festzuhalten. Die Erleichterung des Besitzwechsels wird namentlich den kleinen Grundbesitz sehr bald zum Speculationsobjekt machen, und das können wir nicht wünschen. Herr Hansen hat nicht nachgewiesen, wie der für den Fiscus entstehende Ausfall zu decken ist. Der Kaufstempel für Immobilien bringt jetzt 16 Millionen ein, eine Ermäßigung auf die Hälfte macht für 8 Millionen Ausfall erfäßt nötig. Aus diesen Gründen wird ein erheblicher Theil meiner Parteifreunde mit mir gegen den Antrag stimmen, eventuell wird beantragt, in dem Antrag die Worte „Veräußerungsverträge, sowie“ zu streichen. Nehmen Sie diese kleine redactionelle Änderung an. (Heiterkeit.)

Abg. von Below-Saleske (conf.): Die Mehrzahl meiner Fraktion steht auf dem Boden des Antrages Hansen, und wird ihn bei der Abstimmung unterstützen. Wir bitten um seine möglichst einstimmige Annahme. Ich hätte gewünscht, daß der Antrag auch auf die zur Unterstützung von Familienmitgliedern errichteten Familienstiftungen ausgeübt wäre, will aber meinerseits diese Frage nicht in die Discussion werfen. Die Deckung für den Ausfall wird sich un schwer bei der Neuregulirung des Mobiliarstempels zu erreichen ist. Der Immobiliarstempel, der doch nur seinem Charakter nach eine Abgabe von dem inzwischen gefestigten Werthe der Immobilien sein soll, ist entschieden zu hoch, besonders was die Pacht- und Miethsverträge betrifft. Nehmen Sie den Antrag, das Lieblingsthun der Conservativen, einfach an!

Finanzminister v. Scholz: Mit dem Vorredner befindet ich mich in weitgehender Übereinstimmung in den Zielen, aber in Bezug auf die Würdigung der Mittel, die zu diesen Zielen führen, trennen sich unsere Wege eingerahmt. Die allerneueste Theorie, welche Herr von Below vor dem Immobiliarstempel vorgetragen hat, ist meiner Meinung nach überhaupt nicht haltbar. Der Immobiliar- und der Mobiliarstempel sind Verkehrsstempel, die mit dem Werthe des Möbils und des Immobilien gar nichts zu thun haben. Ich würde auch, daß der Stiftungsstempel für alle wohlthätigen Stiftungen entbehrlich wäre. (Besfall rechts.) Aber auch hier wird wieder ein erheblicher Ausfall erscheinen, den unsere Finanzlage nicht wünschen kann. Die Fassung betreffend, so könnte man statt „spätestens“ vielleicht „frühestens“ einnehmen. (Heiterkeit.) Die Annahme des Antrages v. Erffa verhindert den finanziellen Effect des Antrages Hansen und macht eine Berücksichtigung in den nächsten Jahren wahrscheinlicher. Der Stempel für Pacht- und Miethsverträge beläuft sich auf jährlich etwa eine Million. Bei einer Ermäßigung kann es sich also nur um den Bruchteil einer Million handeln, und deshalb läßt sich vielleicht dieser Wunsch berücksichtigen. (Besfall rechts.) Aber auch trotz der günstigen Finanzverhältnisse lassen sich alle Wünsche, wie sie die lex Hansen, die lex Kratzschek, die lex Berling u. s. w. darstellen, nicht berücksichtigen. Die Commission beantragt Uebergang zur Tagesordnung. Das Haus beschließt demgemäß.

Die Petition von Besitzern von Vorländereien vor den Deichen des Danziger Werders, betr. Abänderung des Deichstatuts vom 12. Januar 1857, wird nach kurzer Debatte, an welcher sich die Abg. Drane (bfr.), Wessel (sc.), v. Huene (C.) und der Commissar Geh.-Rath Danne-

keine besonders freundliche Apostrophe an die Regierung. Sie sollten die Staatsregierung unterstützen, das Gleichgewicht im Staatshaushalt aufrechtzuerhalten, nicht es zu zerstören. Wenn wir zur Befriedigung der hier ausgesprochenen Forderungen auf neue Einnahmeketten hinweisen, dann entsteht ein Grauen im Parlament und im Lande, und man erhebt Anklagen gegen den Finanzminister. Aus der Reform der direkten Steuern sind ebensowenig als aus der Reform des Mobilienstempels Mehreinnahmen zu erwarten. Wenn Sie es für nötig halten, einmal wieder einen solchen Antrag anzunehmen (Heiterkeit), dann nehmen Sie ihn in der Form des Antrages v. Erffa an. Nötig ist es nicht, es wird auch ohne einen solchen geschehen, was geschehen kann.

Abg. v. d. Reck (conf.): spricht gegen den Antrag v. Erffa und für unveränderte Annahme des Antrages Hansen.

Abg. Seer (natlib.): tritt gleichfalls für den Antrag Hansen ein.

Abg. Wehr (freicons.): Der Finanzminister über sieht, daß er selbst in den letzten Tagen die Vorlage wegen der Polizeikosten hier miteingebracht hat, wodurch den Staat 4½ Millionen an Einnahmen erwachsen. (Brose links.) Das Gesetz hat doch sicher Aussicht auf Annahme. Die Staatsmittel zur Weichselregulirung sollen aus einer Anleihe fließen, belasten also doch den ordentlichen Staat nicht.

Die Abg. v. Below und v. Beditz beantragen, entsprechend dem Antrag v. Erffa die Worte „Veräußerungsverträge sowie“ zu streichen und am Schlusse des Antrages Hansen hinzuzufügen: „und demnächst auf die entsprechende Ermäßigung des Stempels für Veräußerungsverträge auf Immobilien Bedacht zu nehmen“.

Die Abg. v. Below und v. Beditz beantragen, entsprechend dem Antrag v. Erffa die Worte „Veräußerungsverträge sowie“ zu streichen und am Schlusse des Antrages Hansen hinzuzufügen: „und demnächst auf die entsprechende Ermäßigung des Stempels für Veräußerungsverträge auf Immobilien Bedacht zu nehmen“.

Abg. Rickert: Seit Decennien sind wir über diese Frage so ziemlich einig. Heute ist nur die Schwung eines Theiles der Conservativen, die aber mit so kleinen Mitteln die Mobilisierung des Grundbesitzes nicht verhindern werden. In der Fassung des Antrages ist Eingesetzt zu ändern. Die Rede des Finanzministers giebt aber Hoffnung, daß ihm bis zu einem gewissen Grade nachgegeben werden wird. Ich halte es für richtig, die Resolution einer Commission zu überweisen. Nur so wird sich die Frucht der heutigen Discussion einheimen lassen. Das Gesetz, betr. die Polizeikosten, welches wie kein anderes die Aera Putzamer charakterisiert, wünschte ich noch nicht. Dagegen liegt die Aufhebung der Bergwerkssteuer auch uns am Herzen, aber schwerlich wird sie uns noch in dieser Session beschäftigen. Gegenwärtig aber ist die Reform der Gewerbesteuer nach unten hin. Herr v. Below sieht schon wieder heidenmäßig viel Geld aus der Reform der direkten Steuern mit Declarationswang erwachsen. Ich glaube, man wird sich hier ebenso irren, wie bezüglich der ausgesprochenen Riesenerträge aus der Börsesteuer. Ohne Quotisierung giebt es für mich, auch wenn man auf dem Boden des Verfassungstafels 109 steht, keine Reform der direkten Steuern.

Minister v. Scholz: Ich habe nicht in Aussicht gestellt eine Vorlage wegen Ermäßigung oder Aufhebung der Bergwerkssteuer. Ich habe nur die Bewegung charakterisiert, die sich in den letzten Wochen auf Erhöhung der Staatsausgaben geltend gemacht hat und in diesem Zusammenhang die Bergwerkssteuer lediglich gestreift.

Abg. v. Beditz (freicons.): empfiehlt das von ihm mitgebrachte Amendment, welches dem Antrag Hansen die meiste Aussicht auf Berücksichtigung verschafft.

Im Schlussteil erklärt sich der Antragsteller Abg. Hansen mit dieser Änderung einverstanden, wendet sich im Ubrigen gegen den Minister, der sich mit seiner leichten Neuherung „wenn Sie einen solchen Antrag wieder einmal für notwendig halten“ auch keineswegs freundlich gegen das Haus gestellt habe, das seit 20 Jahren auf Erfüllung dieser Forderungen dringt.

Minister v. Scholz protestiert unter Wiederholung der getabellten Auseinandersetzung gegen Angriffe des Vorredners, von einer Unfreundlichkeit seinerseits könne absolut nicht gesprochen werden.

Abg. Rickert verzichtet auf seinen Antrag, nachdem der Antragsteller das Amendment v. Below akzeptirt hat.

Der Antrag Hansen wird darauf mit dem Amendment v. Below gegen einen Theil der Conservativen angenommen.

Es folgt der Antrag Berling, folgenden Gesetzentwurf anzunehmen:

Einzigter Artikel. Die Beiträge und Antrittsgelder, welche gemäß § 3 des Gesetzes über die Erweiterung, Umwandlung und Neuerrichtung von Wittmengen- und Waisenkassen für Elementarlehrer vom 22. Dezember 1869 (Gesetzsammel. 1870 S. 1) bisher von Lehrern an öffentlichen Volksschulen zu leisten waren, werden vom 1. Juli 1888 ab auf allgemeine Landesmittel übernommen.

Nachdem Abg. Zelle (bfr.) den Antrag begründet und dessen Verweisung auf die bereits bestehende Relicteurcommission empfohlen hat, erklärt Abg. v. Schenckendorff (nl.), daß seine Partei einstimmig den Antrag unterstützen werde. Sie hätte ihn selbst eingebracht, wenn sie nicht geglaubt hätte, offene Thüren einzustößen, da die Sache von der Regierung und in verschiedenen Commissionen aus Anlaß von Petitionen ohnehin schon erwogen werde.

Abg. Rickert (bfr.): Diese Kritik der Einbringung des Antrags ist doch in sehr hoher Übereinstimmung mit einem Artikel der „Kölner Tag.“

wo auch von dem Einflusse offener Thüren die Rede war. Haben Sie nicht noch vor ein paar Tagen dieselben offenen Thüren eingestochen, als Sie in der Volksschulcommission unseren Antrag wörtlich als Amendment eingebracht. (Hört, hört!) Wir haben auf die seit Wochen schwelenden Erwägungen der Regierung in dieser einfachen Frage nicht gewartet. Wir haben den Antrag selbstständig eingebracht, um diese so sehr beschiedene Forderung des Lehrerstandes noch in dieser Session zur Erfüllung zu bringen. Im Jahre 1879 hat man die Steuerreform vorwiegend mit Hinweis auf die Schulverhältnisse eingeleitet. Um so mehr Grund liegt für alle Factoren vor, diesen kleinen Fortschritt endlich zu machen. Ich hoffe, daß die Regierung sich an der Beratung des Antrags in der Relicteurcommission beteiligen wird.

Cultusminister v. Goßler: Die Regierung hat bereits mehrfach ihre bezügliche Absicht kundgegeben, also ihrerseits die Initiative zu diesen Bestrebungen ergreifen. So einfach wie nach dem Antrag liegt die Sache nicht. Wir haben es nicht nur mit der Volksschule zu thun. Schon aus dem Bromberger Normalstatut von 1880 ergeben sich die Schwierigkeiten der Ausführung. Der Kreis der Berechtigten deckt sich keineswegs mit den Lehrern an öffentlichen Volksschulen. Im Ganzen sind ca. 1.200.000 Mark für die Zwecke des Antrages erforderlich. Es bestehen 29 hier in Betracht kommende Kassen, deren ganz verschiedene Statuten genau geprüft werden müssen. Ob es möglich sein wird, noch im Laufe der Session die Angelegenheit zum Abschluß zu bringen, ist nicht sicher. Prinzipiell hat sich an der Stellungnahme der Regierung nichts geändert.

Abg. v. Schwarzkopf (freicons.): schließt sich dem Antrag auf Verweisung des Antrags an die bestehende Relicteurcommission an, die sich bereits ex officio mit der Sache beschäftigt habe.

Abg. Sack (conf.) spricht in demselben Sinne. Auch er verkennt die Schwierigkeiten nicht, die die Lösung der Frage in sich verberge, aber man müsse diese Schwierigkeiten im Hinblick auf das Ziel, die Volksschullehrer besser zu stellen, zu überwinden suchen. (Besfall.)

Abg. Seiffert (nl.): begrüßte die Einstimmigkeit des Hauses in der Frage mit großer Freude, ist aber darüber befremdet, daß die Freisinnigen nicht eine besondere Commission beantragt haben. Dort hätte man doch die Frage der Relicteurversorgung der Lehrer gründlicher erörtern können. Er halte 250 M. Wittwengel für absolut unzureichend.

Abg. v. Schröder-Alst: Das Centrum hat dasselbe Interesse wie die anderen Parteien, die Lage des Lehrerstandes zu verbessern. Insfern begrüßt sie den Antrag sympathisch, ist aber für Commissionsberatung.

Abg. v. Rauchhaupt (conf.): Wenn die Herren vom Fortschritt aus dem Antrag politisches Capital schlagen wollen, so irren sie sich doch.

Nicht allein haben die Sympathien für die Lehrer gepachtet. Wir haben viel früher diese Interessen wahrgekommen, und eine Anregung blos von ihrer Seite wäre nicht stark genug gewesen, den Antrag noch in dieser Session zur Annahme zu bringen. (Sehr gut! rechts.) Die Schwierigkeiten der Durchführung dürfen nicht verkannt werden. Wir werden ein gutes Stück Arbeit in der Commission damit haben.

Der Antrag geht an die Relicteurcommission.

Es folgen Commissionsberichte über Petitionen.

Die Vertreter der Stadt Königswinter haben an das Haus das Petition gerichtet, die Staats-Eisenbahnverwaltung zu veranlassen, den Mennesbach im Bereich der Bahnhofsstraße dafelbst überwölben zu lassen.

Die Commission beantragt Uebergang zur Tagesordnung. Das Haus beschließt demgemäß.

Die Petition von Besitzern von Vorländereien vor den Deichen des

Danzer Werders, betr. Abänderung des Deichstatuts vom 12. Januar 1857, wird nach kurzer Debatte, an welcher sich die Abg. Drane (bfr.), Wessel (sc.), v. Huene (C.) und der Commissar Geh.-Rath Danne-

bmann beteiligen, dem Antrage der Agrarcommission gemäß, durch Übergang zur Tagesordnung erledigt.

Schluss 4 Uhr.

Nächste Sitzung Montag 11 Uhr (kleine Vorlagen; Gesetz-Entwurf, betreffend die Polizeikosten in Stadtgemeinden mit königlicher Polizeiverwaltung).

Reichstag.

* Berlin, 24. Febr. Der Reichstag hielt heute nur eine sehr kurze und schwach besuchte Sitzung ab. Zunächst wurde der Antrag Goldschmidt auf Abänderung des Gesetzes über den Verkehr mit blei- und zinkhaltigen Gegenständen nach einer zustimmenden Erklärung vom Regierungsrat in erster und zweiter Lesung angenommen. Die zweite Lesung des Vogelschutzgesetzes führte nach unerheblicher Debatte zur Annahme des Gesetzes in einer durch einen Baumwachsformen Antrag wesentlich abgeschwächten Form. Eine Petition um gesetzliche Maßregeln gegen die Trunkfucht, welche die Petitions-Commission der Reichsregierung als Material zu überweisen beantragt, veranlaßte den nationalliberalen Abgeordneten Struckmann, für eine Beschränkung der Schankconcessions einzutreten. Er empfahl schließlich eine Art Brau-Weinmonopol für die Communen. Dagegen trat der freisinnige Abgeordnete Schrader zwar gleichfalls für Maßregeln gegen die Ausbreitung der Trunkfucht ein, erhoffte jedoch große Erfolge lediglich von der Initiative der hauptsächlich beteiligten Klassen. Die Beratung über Petitionen, die Einschränkungen des Schlossereigewerbes betreffen, wurden wegen der Wichtigkeit der Sache auf Antrag des Abg. Meyer-Halle vertagt. Morgen wird die dritte Lesung des Handelsvertrages mit Paraguay und des Relicteurgesetzes den Reichstag beschäftigen.

45. Sitzung vom 24. Februar.

1 Uhr.

Am Tische des Bundesrates: v. Bötticher und Commissarien.

Eingegangen ist der Gesetzentwurf, betreffend die Löschung nicht mehr bestehender Firmen des Handelsregister.

Der Antrag Goldschmidt, betreffend die Abänderung des Gesetzes über den Verkehr mit blei- und zinkhaltigen Gegenständen vom 25. Juni 1887, wird in Verbindung mit mehreren denselben Gegenstand behandelnden Petitionen beraten.

Die Petitionen von Kaufleuten der Delicatessen- und Colonialwaren-Branche verlangen entweder die Erlaubnis, die vorbandenen Conserven nach erfolgter Abstempelung noch ausverkaufen zu können oder den Gelungstermin des Gesetzes für die Conservenbüchsen noch um ein Jahr hinauszuschieben.

Die Petitionscommission beantragt, die verbündeten Regierungen zu erfordern, noch in dieser Session einen den Wünschen der Petenten entsprechenden Gesetzentwurf dem Reichstag vorzulegen.

Abg. Goldschmidt, der zugleich der Referent der Commission ist, hat sogleich einen formulierten Gesetzentwurf vorgelegt, nach welchem das gesuchte Gesetz für das Feilhalten und Verkaufen von Conserven erst vom 1. October 1889 ab Anwendung finden soll.

Es sei auf diesem Gebiete möglichst ganze Arbeit zu machen. Man müsse die Schankstätten vermindern und vielleicht, wie in Schweden, in die Hände gemeinnütziger Genossenschaften und der Gemeinden bringen, welche sie so einrichten, daß der Trunksucht entgegengearbeitet wird. Aber auch auf anderem Wege müsse man der Trunksucht entgegenarbeiten, namentlich, indem man Personen, die anfangen, sich der Trunksucht zu ergeben und ihre wirtschaftlichen Verhältnisse verschlechtern, keine Getränke mehr verabreicht.

Abg. Schrader (dfr.): Ein alle Verhältnisse umfassendes Gesetz dürfte doch zu sehr in allgemeine Verhältnisse eingeschneiden. Gottlob, ist die Trunksucht bei uns noch nicht so allgemein verbreitet, daß es nicht genügt, besondere Mittelmaßnahmen einzutreten. Das man den Braumüllerverkauf den Gemeinden übertragen solle, halte ich nicht für zweckmäßig. Wohl aber könnte man die Gewerbung der Schankconcessions im öffentlichen Verkehr vornehmen, wie dies in England geschieht. Das dient dazu, vertrauenswürdige Personen auszusuchen. Die Zahl der Schankstätten an die Einwohnerzahl der Gemeinden zu knüpfen, empfiehle ich ebenfalls nicht, da die localen Eigenthümlichkeiten und namentlich der Fremdenverkehr dabei mit sprechen.

Der Commissionsantrag wird darauf angenommen.

Bon mehreren Schlossern wird in Petitionen die Aenderung des § 369 des Reichsstrafgesetzbuches beantragt, wonach Schlosser ohne obrigkeitliche Anweisung oder ohne Genehmigung des Hausesbesitzers, bezw. seines Stellvertreters oder des Wohnungsinhabers Schlüssel nicht entfernen und Schlösser nicht öffnen dürfen. Es soll nach den Petitionen: 1) der Verkauf und das Einführen von Schlüsseln nur den Innungsschlossern gestattet sein oder 2) der § 369 nicht nur gegen Schlosser, sondern gegen Jedermann Anwendung finden.

Die Commission beantragt, über das petitum ad 1) zur Tagesordnung herzugehen, das petitum ad 2) dem Reichskanzler zur Berücksichtigung bei einer in Aussicht zu nehmenden Revision des Reichsstrafgesetzbuches zu überweisen.

Abg. Ackermann beantragt die Worte „bei einer in Aussicht zu nehmenden Revision des Reichsstrafgesetzbuches“ zu streichen.

Rückblick auf die Wichtigkeit des Antrages Ackermann und die mangelhafte Bezeichnung des Hauses beantragt Meyer-Halle die Absehung des Gegenstandes.

Das Haus beschließt demgemäß und erklärt eine Reihe von Petitionen als zur Beratung im Plenum ungeeignet.

Schluss 3½ Uhr.

Nächste Sitzung Sonnabend 1 Uhr. (Vertrag mit Paraguay; Gesetzentwurf, betreffend Befestigung der Reicthenbeiträge; Petitionen.)

Vom Kronprinzen.

(Telegramm unseres Special-Berichtstatters.)

* San Remo, 24. Febr. Das Befinden des Kronprinzen ist befriedigend. Gestern Nachmittag erschien der Kronprinz wieder holt am Fenster und winkte dem Publikum mit dem Taschenmesser zu.

(Original-Telegramme der Breslauer Zeitung.)

* Berlin, 24. Febr. Auf persönliche Erkundigungen erfahre ich, daß die Nachricht des Hofberichts, Professor Gerhardt sei nach San Remo gereist, falsch ist. Professor Gerhardt weilt hier und versichert, keinerlei Aufforderung einer Reise nach San Remo erhalten zu haben.

* Berlin, 24. Febr. Aus San Remo meldet der „B. B.-G.“: „Der Kronprinz hat in der vergangenen Nacht anfänglich schlecht geschlafen. Seine Ruhe war durch Husten gestört. Gegen 1 Uhr schloß der Kronprinz ein. Sein Schlaf wurde dann bis heute früh nur einmal kurz unterbrochen. Er erwachte bei gutem Befinden. Die Nachricht von dem Tode des Prinzen Ludwig von Baden, welche ihm heute früh mitgeteilt wurde, versetzte ihn in schwermütige Stimmung. Sämtliche Prinzessinnen erschienen bereits heute auf dem Spaziergang in Trauerkleidung. Der Kronprinz hat gestern Abend mit vorzüglichem Appetit gegessen und war in bester Laune. Der Auswurf des Kronprinzen wurde gestern einer genauen Untersuchung unterzogen. Das Resultat dieser Untersuchung wird vorerst geheim gehalten.“ Die anderen Zeitungen enthalten ähnliche Meldungen.

* London, 24. Febr. Das „British Medical Journal“ erfährt, daß die ungünstigen Symptome im Befinden des Kronprinzen lediglich durch die schlecht passende Canule verursacht waren. Jetzt sei eine eigens in England angefertigte Canule großen Kalibers eingefügt, wodurch die anfängliche Reizbarkeit verschwunden sei. Der Kronprinz kann jetzt mit Leichtigkeit atmen und mit kräftiger, obwohl heiserer Stimme Unterhaltung führen. Der eigentliche Status der Krankheit ist noch nicht aufgeklärt. Die Schwellung der rechten Seite hat jedoch wesentlich nachgelassen.

(Aus Wolff's telegraphischem Bureau.)

Berlin, 24. Febr. Der „Reichsanzeiger“ bringt folgendes Bulletin aus San Remo vom 24. Februar, Vormittags 11 Uhr. Nach einem guten Tage war der Schlaf des Kronprinzen anfangs unruhig, später besser. Im Übrigen ist das Befinden unverändert.

Aus den Commissionen des Reichstages.

(Original-Telegramme der Breslauer Zeitung.)

* Berlin, 24. Febr. In der 16. Commission des Reichstages (Aufhebung des Identitäts-Nachweises) wurde gestern Abend der vorliegende Antrag definitiv in folgender (von uns bereits in einem Berliner Telegramm in der letzten Morgennummer [Sagittarien] von dem Abg. Büsing beantragten Fassung mit 15 gegen 11 Stimmen angenommen): „Der § 7 des Zolltarifgesetzes vom 15. Juli 1879 (nach der Redaktion vom 24. Mai 1885) wird durch folgende Bestimmung erweitert: „Bei der Ausfuhr von Weizen, Roggen, Hafer, Gerste, Buchweizen, Hülsenfrüchten, Raps und Rübsaat werden, wenn die Menge der einzelnen Fruchtarten 500 Kilogramm erreicht, auf Antrag der Beteiligten übertragbare Einfuhrvollmachten erteilt, welche den Inhaber ermächtigen, innerhalb einer vom Bundesratthe zu bestimmenden, mindestens auf 9 Monate festzuhaltenden Frist die gleiche Menge der nämlichen Waaren gattungen ohne Bannrichtung einzuführen. Derartige Einfuhrvollmachten werden auch den Inhabern von Getreide- und Dölmühlen, Preßhefez-, Malz- und Cakesfabriken bei der Ausfuhr ihrer Fabrikate für die der Ausfuhr entsprechende Menge von Getreide beziehungsweise Oelfrüchten Nr. 9a, b, c und d des Tarifs erteilt. Für die in Nr. 9 des Zolltariffs aufgeführten Waaren, wenn sie ausschließlich zum Absatz in das Zollausland bestimmt sind, werden Transfäläger ohne amtlichen Mitverschluß, in welchen die Behandlung und Umwandlung der gelagerten Waaren uneingeschränkt und ohne Anmeldung und die Mischung derselben mit inländischer Waare zulässig ist, mit der Maßgabe bewilligt, daß die aus dem Lager in das Ausland übergehende Waare, soweit sie den Zugang ausländischer Waare zum Lager nicht übersteigt, als zollfreie Durchfuhr anzusehen, im Uebrigen aber als Ausfuhr aus dem freien Verkehr zu behandeln ist. Für Waaren der bezeichneten Art, welche zum Absatz entnommen in das Zollausland oder in das Zollinnland bestimmt sind, können solche Läger mit der ferneren Maßgabe bewilligt werden, daß die aus dem Lager in den freien Verkehr des Zollinnlandes übergehende Waare, so weit dieselbe den Zugang inländischer Waare zum Lager nicht überschreitet, als zollfreie inländische Waare angesehen wird. Hierauf folgen die Bestimmungen über die Transfäläger für Holzer, welche unverändert bleiben sollen nach dem Zolltarifgesetz vom 24. Mai 1885. Den Inhabern von Dölmühlen wird für die Ausfuhr der von ihnen hergestellten Dölfabrikate mit Ausnahme von Rübel (Ziffer 1 Abs. 2) eine Erleichterung dahin gewährt, daß ihnen der Eingangs-Zoll für eine der Ausfuhr entsprechende Menge der zur Mühle gebrachten ausländischen unter 9 d. a. des Tariffs bezeichneten Oelfrüchte nachgelassen wird. Über das hierbei in Rechnung zu stellende Ausbeuteverhältnis trifft der Bundesrat Bestimmung. Die zur Mühle zollamtlich abgefertigten ausländischen, sowie auch sonstigen Oelfrüchten, welche in die der Steuerbehörde zur Lagerung der erlaubten Oelfrüchten angemeldeten Räume eingebracht sind, dürfen in unverarbeitetem Zustande nur mit Genehmigung der Steuerbehörde veräußert werden. Zu widerhandlungen hiergegen werden mit einer Geldstrafe bis zu 1000 Mark geahndet. Im Sinne obiger Bestimmungen steht der Ausfuhr der Waaren die Aufnahme derselben in eine öffentliche Niederlage oder ein Transfäläger unter amtlichem Mitverschluß gleich. Von der

Aufnahme auf ein solches Lager sind jedoch Waaren, welche auf reinem Transfäläger für Getreide gelagert haben, ausgeschlossen. Die näheren Bestimmungen, insbesondere auch über Mindestqualität der auszuführenden Waaren und die an die Lagerinhaber zu stellen den Anforderungen trifft der Bundesrat.“

Gegen den Antrag stimmte geschlossen das Centrum, sowie der Abgeordnete von Triesten (conf.). Von einer zweiten Befragung hat man Abstand genommen. Zum Berichterstatter für das Plenum ist Abg. Hoffmann-Königsberg (natl.) bestellt.

* Berlin, 24. Februar. In der heutigen Sitzung der Petitions-Commission des Reichstages wurde die gestern abgebrochene Debatte über die Petition, betreffend Mißstände an der Berliner Produktionsbörse, bzw. beim Kaffee-Termin-Geschäft, fortgelebt und schließlich mit 10 gegen 6 Stimmen der vom Abg. Hegel (conf.) gestellte Antrag angenommen, welcher dahin geht, dem Plenum mittels schriftlichen Berichts zu empfehlen, die Petition dem Herrn Reichskanzler zur Erwägung zu überweisen, ob aus Anlaß der in der Petition sowie auch vielfach in der Presse zur Sprache gebrachten Mißstände nicht eine Enquête über die Zustände der einheimischen Börse vorzunehmen und eventuell eine reichsgesetzliche Regulierung der Materie sich empfehlen möchte. Da die Abg. von Goldfuß (Reichspartei) und Göldschmidt (freiz.), die beiden Referenten über die Frage, die Berichtigung für das Plenum ablehnten, wurde Abg. Graf Arnim (Reichspartei) zum Referenten bestellt. In der Petition des Galerie wird u. a. behauptet, er habe seiner Zeit an der Breslauer Börse 2000 Cr. Roggen gekauft. Die Käufer seien sehr verstimmt gewesen, als er die Lieferung der Ware verlangte, und als die Lieferung erfolgte, stellte sich die Ware als total verdorben heraus.

* Berlin, 24. Febr. Die „Kölner Volkszeitg.“ schreibt: Das Centrum bereitet für die zweite Sitzung einen wichtigen Antrag über Ertheilung des Religionsunterrichts in der Volksschule vor.

* Berlin, 24. Februar. Nach dem dem preußischen Abgeordnetenhaus zugegangenen Berichte der Staatschulden-Commission über das Rechnungsjahr 1886/87 belief sich die Staatschuld, welche am 31. März 1886 4 033 890 040 Mark 93 Pf. betragen hatte, am 31. März 1887 auf 4 184 643 807 Mark 62 Pf. Davon entfielen auf die Schulden der alten Landesteile und des Gesamtstaates seit 1866 4 114 245 718 M. 88 Pf. Der Abgang sämtlicher Schulden im Jahre 1886/87 belief sich auf 45 625 733 M. 31 Pf., der Zugang auf 196 379 500 M. Die Staatsseisenbahncapitalschuld betrug bei Beginn des Etatsjahres 1887/88 3 952 617 919 Mark 48 Pf. Wie aus den Berichten weiter hervorgeht, waren am 31. December 1887 an 4½ procentigen Consols noch 341 000 Mark rückständig. In dieser Höhe sind Stücke der 4proc. consolidirten Anleihe zum Umtausch der ersten vorhanden. Der gesamte Betrag der consolidirten 4 prozentigen Staatschuld bestand am 31. März 1887 aus Buchschulden auf den Namen bestimmter Gläubiger und aus Schuldbeschreibungen auf den Inhaber in Höhe von zusammen 3 592 720 800 Mark, derjenige der consolidirten 3½ proc. Staatschuld desgleichen in Höhe von zusammen 196 379 500 Mark.

* Berlin, den 24. Februar. Der Gesetzentwurf, betreffend die Löschung nicht mehr bestehender Firmen im Handelsregister, ist jetzt dem Reichstage zugegangen. Derselbe lautet, wie folgt:

§ 1. Kann im Falle des Erlöschens einer in das Handelsregister eingetragenen Firma die Anmeldung dieser Thatsache durch die hierzu Verpflichteten nicht in Gemäßheit des Artikels 26 des Handelsgesetzbuches herbeigeführt werden, so hat das Gericht das Erlöschen der Firma von Amtswegen in das Handelsregister einzutragen.
§ 2. Vor der Eintragung sind der eingetragene Inhaber der Firma oder die Rechtsnachfolger, desselben aufzufordern, einen etwaigen Widerspruch gegen die Eintragung bis zum Ablauf einer nicht unter drei Monaten zu bestimmenden Frist schriftlich oder zum Protokoll des Gerichtsschreibers geltend zu machen. Sind die bezeichneten Personen oder der Amtsnahmehalt derselben nicht bekannt, so erfolgt die Aufordnung durch einmalige Bekanntmachung in den für die Veröffentlichungen aus dem Handelsregister bestimmten öffentlichen Blättern (Handelsgesetzbuch Art. 13, 14). Auch kann die Einsicht der Bekanntmachung in andere Blätter angeordnet werden. Das Gericht entscheidet über den erhobenen Widerspruch. Gegen den einen Widerspruch zurückweisenden Beschluß findet binnen der Notfrist von 2 Wochen Beschwerde nach Maßgabe der geltenden landesgesetzlichen Bestimmungen statt. Eine hierauf zulässige Anfechtung der in der Beschwerdeinstanz ergehenden Entscheidung ist an die gleiche Notfrist gebunden.

* Berlin, 24. Febr. Die „Kölner Ztg.“ erfährt aus Wien: Hier gewinnt je länger je mehr die mißtrauische Stimmung gegenüber Russland die Oberhand. Graf Kalnoy reist nochmals an das Pester Hostel. — Aus Pest vernimmt dasselbe Blatt: Für offiziell geltende Meldungen stellen es als wahrscheinlich hin, daß die von Russland angeregte Action alß bald ergebnislos versumpfen werde.

* Berlin, 24. Februar. Am Schlesischen Seminar zu Kreuzburg O.S. ist der Pastor Bock in Raumburg a. Qu. als erster Lehrer angestellt worden.

* Görlitz, 24. Febr. Die Piegitzer Oberpostdirektion bezeichnet die Laubis-Berliner Fernsprechverbindung als unlohnend.

* Wien, 24. Febr. Im Budgetausschuss beanwirtete der Handelsminister de Bacquehem eine Anfrage Mengers dahin, daß die Bahnenstrecke Lindewiese-Ziegenthal voraussichtlich am nächsten Sommer eröffnet werden. Die Strecke Lindewiese-Hannsdorf befindet sich in voller Bau. Die Eröffnung derselben steht im Sommer, möglicherweise im August, bevor. Betreffs der Sicherstellung der Linie Lindewiese-Ottmachau ergaben die Verhandlungen, daß die Beitragleistungen der Interessenten bisher zu gering waren. Menger bemerkte, daß die Interessenten namhafte Beiträge auch für die preußische Strecke der Linie bewilligen möchten.

* London, 24. Febr. Am 10. März, dem Tage der silbernen Hochzeit des Prinzen von Wales, erfolgt die Doppelverlobung des ältesten Sohnes derselben mit Alexandrine, der Tochter des Königs von Griechenland, und der ältesten Tochter des Prinzen von Wales mit dem griechischen Kronprinzen.

(Aus Wolff's telegraphischem Bureau.)

Berlin, 24. Febr. Der Kaiser nahm heute Vormittags mehrere kurze Borträte entgegen und empfing Nachmittags den Grafen Otto Stolberg, Albrecht und Moltke. Die für gestern Abend angelegte geswene kleine Theegesellschaft wurde abgesagt. Die Wache zog heute auf Befehl des Kaisers ohne Musik auf.

Berlin, 24. Februar. In dem Prozeß gegen die Socialisten Welt, Wilcke und Genossen hier wegen Theilnahme an einer geheimen Verbindung wurden die Plaidoyers heute beendet. Die Verkündigung des Urteils ist auf den 2. März ausgefeiert.

Danzig, 24. Febr. Der zweitjährige Socialistenprozeß wider Jochum und 20 Genossen wegen geheimer Verbindungen wurde heute Mittag beendet. Die Angeklagten waren am 28. Mai wegen dieses Vergehens zu Gefängnis von 1 bis 2 Monaten verurteilt. Das Urteil wurde jedoch vom Reichsgericht vernichtet, weil es nicht nachgewiesen war, daß der Zweck der Verbindung ein gesetzwidriger war. Die Angeklagten wurden wegen Vergehens gegen § 128 des Strafgesetzes zu Gefängnis von 1 bis 3 Wochen verurteilt.

* Straßburg, 24. Febr. Landesausschuß. Auf der Tagesordnung steht die Beratung des Antrags Dorn von Bulach und Genossen,

die Regierung zu ersuchen, mit dem Bau des Landesausschusgebäudes zu beginnen. Bulach, Sohn und Bater, Gräf und Peiri sind für den Antrag, Winteler dagegen. Unterstaatssekretär v. Putznamer erklärt, die Regierung werde, ohne sich auf die politischen Motive des Antrags einzulassen, nach Annahme desselben ihm Folge leisten. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Wien, 24. Febr. Die „Presse“ bespricht das Communiqué des russischen „Regierungsanzeiger“ und gibt zu, daß die Stellung des Coburgers keine durchaus legale sei, sie weist darauf hin, daß es über die Petition, betreffend Mißstände an der Berliner Produktionsbörse, bzw. beim Kaffee-Termin-Geschäft, fortgelebt und schließlich mit 10 gegen 6 Stimmen der vom Abg. Hegel (conf.) gestellte Antrag angenommen, welcher dahin geht, dem Plenum mittels schriftlichen Berichts zu empfehlen, die Petition dem Herrn Reichskanzler zur Erwägung zu überweisen.

Die „Neue Freie Presse“ weist darauf hin, wie leicht vor 6 Monaten eine Verständigung mit Russland gewesen wäre, wenn damals dasselbe auf gleichen Boden wie heute gestanden hätte. Das Communiqué sei als ein Programm nicht ausreichend. Russland sollte nicht säumen zu zeigen, daß es bereit sei, sein Interesse an Bulgarien mit den übrigen Mächten zu konformieren.

Rom, 24. Febr. Aus Massauah wird gemeldet: Das zur Reconnoisirung nach Alet abmarschierte Jägerbataillon ist ohne Zwischenfall zurückgekehrt. — Dr. Rogazzi reist demnächst nach Schoa ab, um dem König Menelik Geschenke und ein Schreiben des Königs von Italien zu überbringen.

Rom, 24. Febr. Eine ungeheure Lawine begrub bei Valorta (Vergano) eine Hütte mit 33 Personen, wovon sieben tot blieben, zehn wurden Abends herausgeholt. Auch bei Valbella (Navarra) wurde eine Hütte mit 4 Personen verschüttet.

Genua, 24. Febr. Zu dem gestrigen Diner auf der Präfectur zu Ehren des Admirals Hewett waren alle Commandanten der britischen Schiffe, Senatorn, Deputirten und die Behörden geladen. Der Präfect kostierte auf die Königin Victoria, Admiral Hewett auf das italienische Königtum.

Spezzia, 24. Febr. Bei dem vom Admiral Browly an Bord des „Aigencourt“ gegebenen Lunch waren der Herzog von Genua, vier italienische Admirale, die Behörden und mehrere Consuln geladen. Die Abreise der britischen Escadre steht bevor.

Paris, 24. Febr. Nach einem Anklage an der Börse erklärte der Finanzminister die Mittheilung des Journals „Matin“ von einer beabsichtigten Aufnahme einer Anleihe als gänzlich unbegründet.

Brüssel, 24. Febr. In der heutigen Kammerstzung brachte der Finanzminister das Budget pro 1889 ein und erklärte, der pro 1886 sich ergebende Überschuss betrage definitiv 2 150 000 Frs., die Ausgaben dieses Rechnungsjahrs seien um fünf Millionen hinter dem Voranschlag zurückgeblieben. Für 1887 betrage der Überschuss 12 Millionen, für 1888 fünf Millionen, für 1889 neun Millionen. Der Minister kündigt an, er werde vor Ostern noch mehrere Vorlagen einbringen, welche gröbere Ausgaben beanspruchen.

Brüssel, 24. Febr. Nachrichten vom Congo melden den Tod der beiden belgischen Afrikaforscher Vandervelde und Warlomont.

London, 24. Febr. Der liberale Unionist Fitz-William wurde in Doncaster mit einer Majorität von 211 Stimmen an Stelle des Home-rulers Shirley zum Deputirten gewählt.

Konstantinopel, 24. Febr. Gestern beschäftigte sich der Ministerrat mit der bulgarischen Frage.

Newyork, 23. Febr. Die National-Commission der Demokraten beschloß, die Convention zur Ernennung des demokratischen Präsidenten-candidaten am 5. Juni in St. Louis abzuhalten.

* Für einen Theil der Auflage wiederholt.

Wasserstands-Telegramme.

Glogau, 24. Februar, 10 Uhr Borm. U.-P. 288 m.

Handels-Zeitung.

* Die Aktiengesellschaft Schlesische Dampfer-Compagnie vorm. Ohr.

die Abschaffung der Aussercoursetzung und erhoffte, dass dieselbe im bürgerlichen Gesetzbuch nicht allein ausgesprochen, sondern dass die Aussercoursetzung geradezu verboten werden würde, denn, wenn irgendwo, so sei auf diesem Gebiete Rechtseinheit erforderlich, und es sei nicht angängig, die Aussercoursetzung z. B. in den Ländern des preussischen Rechts bestehen zu lassen. In Preussen hätte denn auch die Staatsregierung sich bereits in den Motiven zu dem Gesetzentwurf, das Staatschuldbuch betreffend, für die damals freilich zunächst nur für die 4proc. consolidierte Staatsanleihe in Aussicht genommenen Be seitigung der Aussercoursetzung ausgesprochen, indem anerkannt wurde, dass die öffentliche Stimme sowohl bei Praktikern als bei Theoretikern überwiegend sich gegen dieses Institut ausgesprochen habe. Der betreffende Vorschlag fiel, wie Dr. Koch ins Gedächtniss zurückruft, nur deshalb, weil der Landtag eine stückweise Aufhebung nicht für zweckmässig hielt, obgleich es allerdings auch nicht ganz an Stimmen für die Beibehaltung fehlte. Zum Schluss seiner Ausführungen spricht Dr. Koch die bestimmte Hoffnung aus, dass die grosse deutsche Gesetzgebungs Reform, welcher wir entgegengehen, auch mit dem nicht mehr zeit gemässen Institut der Aussercoursetzung fräumen werde.

* **Zahlungseinstellung.** Graff, Bennet u. Co. Eisenmanufaktur in Pittsburgh hat, nach der „V. Z.“, die Zahlungen eingestellt. Die Passiva betragen 1200000 Pfd. Sterl., die Activa 650000 Pfd. Sterl.

* **Futtermangel in Ungarn.** In Folge des langanhaltenden strengen kalten Winters zeigt sich im grössten Theile des Landes Futtermangel, besonders in den Comitaten Csorod, Jass-Nagy-Kun-Szolnok, Pest, Szepes, Saros, Gömör, Abauj-Torna, Szatmar, Ugocsa, Szabolcs, Bihar, Krasso-Szöreny, Also-Fehér, Csik, Fogaras und Szolnok-Doboka, wo der Preis des noch vorhandenen Futters außerordentlich steigt. (B.-u. H.-Z.)

* **Die Geschäftslage in Polen** ist zur Zeit recht ungünstig. In Warschau stellten, nach einer Meldung des „B. T.“, in diesen Tagen vier grössere Eisen- und Stahlhandlungen die Zahlungen ein, daneben musste eine grössere Anzahl kleinerer Kaufleute verschiedener Branchen die Läden schliessen. — Der Verkehr in den Warschauer Engros Niederlagen ging auf ein Minimum zurück. Die Bestellungen aus der Provinz sind sehr beschränkt, und der Handel mit dem Auslande wird durch den niedrigen Stand der russischen Valuta zur Zeit sehr erschwert.

* **Breslauer Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft.** Die diesjährige ordentliche Generalversammlung findet am 21. März, Nachmittags 3½ Uhr, im kleinen Saale der neuen Börse statt. Näheres über die Gegenstände der Tagesordnung etc. siehe Inserat.

* **Vorschuss-Verein zu Breslau (eingetragene Genossenschaft).** Die ordentliche Generalversammlung findet am 1. März, Abends 7½ Uhr, im Saale des „Höfe zum blauen Hirsch“, Ohlauerstrasse statt. Näheres über die Gegenstände der Tagesordnung etc. siehe Inserat.

Submissionen.

A—z. **Submission auf Öl und Petroleum.** Bei der Kgl. Eisenbahn-Direction Berlin stand die Lieferung von 1) 300000 Klgr. raffiniert Rüböl (Brennöl), 2) 590000 Klgr. Mineralschmieröl, 3) 26000 Klgr. Cylinderschmieröl, 4) 250000 Klgr. Schmieröl für Locomotiven, vegetabilischen oder animalischen Ursprungs, 5) 965000 Klgr. Petroleum zur Submission. Die Vereinigten Breslauer Oelfabriken offerten ad 1) über Berliner Notiz 1.70 M. fr. Berlin, 1.20 M. fr. Stettin, 1.40 M. fr. Posen, 20 Pf. fr. Breslau pro 100 Klgr. Unter den übrigen Offerten ad 1) ist noch die der Ersten Lausitzer Oelfabrik in Lauban mit 50 Pf. über Notiz fr. Lauban zu erwähnen, sie bezieht sich jedoch nur auf die Hälfte der Ausschreibung. Für Mineralschmieröle gingen wie gewöhnlich sehr zahlreiche Angebote ein, die sich indess ohne Kenntnis der Proben nicht beurtheilen lassen. — Ad 4) offerten die Breslauer Oelfabriken unter Notiz 30 Pf. fr. Berlin, 80 Pf. fr. Stettin, 60 Pf. fr. Posen, 1 M. fr. Breslau, die Lausitzer Oelfabrik 125000 Klgr. 2 M. unter Notiz fr. Lauban. Die billigste Offerte für amerikanisches Petroleum war 22 M. pro 100 Klgr. fr. Breslau, russisches 18,50 M. fr. dasselb oder über Bremer Börsenpreis 4,90 M. fr. Breslau für russisches, 7,55 M. fr. Berlin für amerikanisches.

Börsen- und Handelsdepeschen.

Special-Telegramme der Breslauer Zeitung.

Berlin, 24. Febr. **Neueste Handelsnachrichten.** Au der heutigen Börse wurden die Prolongationssätze, wie folgt, festgesetzt: Creditactien 0,20 Mark Dep., Franzosen 0,220—0,25 Mark Dep., Lombarden 0,25 Mark Dep., Disconto-Commandit-Antheile 0,30 bis 0,35 Mark Dep., Deutsche Bank 0,175 Mark Dep., Bochumer 0,15 Mark Dep., Dortmunder Union 0,375 Mark Dep., Laurahütte 0,2375 M. Dep., Italiener 0,30—0,3125 M. Dep., Ungarn 0,275 Mark Dep., Gem. Russen 0,35 Mark Dep., 1884er Russen 0,2875 Mark Dep., 1880er Russen 0,25 Mark Dep., Orient-Anleihe 0,325 Mark Dep., Russische Noten 0,40—0,45—0,25 Mark Dep. Alles mit Courteage Geld. — Die lebhafte Kauflust, welche sich für Disconto-Commandit-Antheile an der heutigen Börse entwickelte, ist vorzugsweise auf Gerüchte zurückzuführen, wonach das Ergebniss des vorigen Jahres die bisherigen Taxationen übertreffen werde. Gleichzeitig wollte man von Neuem wissen, dass das Institut mit einer Umwandlung des Grillo'schen Bergwerkbesitzes in ein Actien-Unternehmen beschäftigt sei. — In London ist die Gründung einer Liquidationskasse für Kaffee und Zucker perfect. Die Subscription findet zwischen heute und Dienstag statt. Das Capital beträgt eine Million Pfd. Sterl. Davon wird zunächst die Hälfte emittirt bei Baring und Rothschild. An Agio wird bereits jetzt 3½ bis 4 pro Share von 10 Pfd. Sterling nominal gezahlt. — Die Dresdner Discontobank verteilt 6 pCt. Dividende. — Heute ist von den Mitgliedern des Vereins zur Wahrung der Interessen des deutschen Spiritushandels derjenige Theil des Actienkapitals der zu begründenden Spiritus-Commissions-Bank gezeichnet worden, welcher für die Spiritushändler reservirt ist. — Zu morgen ist dem „Berl. B.-Cour“ zufolge eine Sitzung des Vereins der deutschen Spiritfabrikanten einberufen worden, um einen Beschluss dieser 3. Instanz über das Project herbeizuführen. Man hofft, dass das Project von dem Verein in bloß angenommen wird, und dass auch die Zeichnung des für die Spiritusfabrikanten bestimmten Anteils des Actienkapitals in den nächsten Tagen erfolgt.

Berlin, 24. Februar. **Fondsbörsen.** Die Tendenz war heute fester, ein Umstand, der wesentlich auf die feste Haltung der Disconto-Commandit-Actien-Antheile zurückzuführen ist, welche die Gesamthaltung günstig beeinflusste. Die Ursache der ausserordentlichen Bewegung in diesen Papieren ist in ausserordentlich günstigen Gerüchten über den Rechnungsschluss und die Dividende zu finden, doch scheint es sich auch um Deckungskäufe der Baisse speculation angesichts des umfangreichen Decouverts zu handeln, die noch auf dem Russenmarkt vorgenommen worden. Creditactien gewannen 1/4, Disconto-Commandit 13/8, Deutsche Bank 7/8, Berliner Handelsgesellschaft 11/4. Deutsche Fonds waren ziemlich fest, von ausländischen Russen 3/8 bis 1/2, Egypter 1/4, Italiener und Ungarn 1/8 besser. Russische Noten zu 168 gewannen 1/4 M. Am Bahnemarkt lagen deutsche und österreichischen Werthe still, doch fest, russische dagegen wurden lebhaft zu besseren Courses gehandelt. Von Montanwerthen gewannen Laurahütte zu 90% 7/8, Dortmund Union 3/8, Bochumer Gussstahl 5/8 pCt. Am Cassamarkt waren höher: Redenhuette St.-Pr. 1, Marienhütte (Kotzenau) 0,50, Tarnowitzer 1,90, St.-Pr. 1,50 pCt. Von Industriepapieren gewannen Breslauer Eisen-Wagen 0,50, Görlitzer Maschinen conv. 2, Gruson 0,60, Schles. Cement 1, Schering 1,50 pCt.

Berlin, 24. Februar. **Prodnotenbörse.** Auf die Meldung von dem Beschluss der Reichstagscommission auf Aufhebung des Identitäts nachweises war die Börse fest. — Weizen loco still, Termine 3/4 M. höher. Februar 161/2, April-Mai 161/4—62½—62, Mai-Juni 163½—24½ bis 1/4, Juni-Juli 163½—63½—66½. — Roggen loco wenig bereit, Termine 1/4—1/2 Mark besser, April-Mai 118½—19½—1/4, Mai-Juni 120½—21½—21, Juni-Juli 122½—23½—23. — Hafer loco matt, Termine fester und 3/4 M. höher, April-Mai 113½—1/4, Mai-Juni 116, Juni-Juli 118½—1/4, September-October 122. — Mais leblos. — Kartoffelfabrikate fest. — Roggenmehl 5 Pf. — Rüböl, in naher Lieferung behauptet, war per Herbst mehr angeboten und etwas billiger. — Petroleum ohne Umsatz. — Spiritus in fester Haltung wurde in effectiver und Terminware jeder Art besser bezahlt, war aber im Allgemeinen recht wenig belebt.

Hamburg, 24. Februar, 11 Uhr. (Anfangsbericht.) Kaffee. Good average Santos per März 54½, per Mai —, per Sept. 51½, per December 51. — Schwach.

Hamburg, 24. Februar, 3 Uhr 30 Min. (Schlussbericht.) Kaffee.

Good average Santos per März 53½, per Mai 53¾, per September 51½, per December 50½. Ruhig.

Havre, 24. Februar, 10 Uhr 20 Min. (Telegr. von Peimann, Ziegler und Co.) Kaffee good average Santos per Februar 67,50, per Mai 67,50, per August 65,00, per December 62,00. Unregelmässig.

Magdeburg, 24. Februar. **Zuckerbörse.** Termine per März 14,65—14,75 M. bez. u. Gd., 14,80 M. Br., per April 14,85 M. bez. u. Gd., 14,95 M. Br., per Mai 14,975—15,00 M. bez. u. Gd., 15,075 M. Br., per Juni 15,10 M. Gd., 15,15 M. Br., per Juli-Juli 15,20 M. bez., per Juli 15,25 M. Br., 15,20 M. Gd., per August 15,35 M. Br., 15,20 M. Gd., per October-December 13,00 M. Br., 12,95 Mark Gd. — Tendenz: Fest.

Paris, 24. Febr. **Zuckerbörse.** Rohzucker 88° fest, loco 37 bis 37,50, weisser Zucker fest, per Februar 40,30, per März 40,50, per März-Juni 41,00, per Mai-August 41,50.

London, 24. Februar. **Zuckerbörse.** 96 proc. Javazucker 15½, stetig. Rüben-Rohzucker 14½, stetig.

London, 24. Februar. Rubenzucker fest. Bas. 88 per Februar 14,6 + 1/4 %, per März 14,6 + 1/2 %, per April 14,9, neue Ernte 12,9.

Glasgow, 24. Februar. **Rohzucker.** 23. Febr. 24. Febr. (Schlussbericht.) Mixed numbers warrants. 39 Sh. 35 P. | 39 Sh. 2½ P.

Börsen- und Handels-Depeschen.

Berlin, 24. Febr. [Amtliche Schluss-Course.] Fest. Eisenbahn-Stamm-Aktionen. Cours vom 23. 24. Preuss. Pr.-Anl. de 55 149 20 148 80

Mainz-Ludwigshaf. 103 10 103 20 Pr. 31½% St.-Schldsch 100 10 100 10

Galiz. Carl-Ludw.-B. 77 30 77 20 Preuss. 4% cons. Anl. 107 — 107 —

Gotthard-Bahn 116 — — Prss. 3½% cons. Anl. 101 50 101 50

Warschau-Wien 129 90 131 20 Schl. 3½% Pfdsbr. L.A. 99 80 99 90

Mittelmeerbahn 161 60 161 70 Schles. Rentenbriefe 104 30 104 30

117 — 117 20 Posener Pfandbriefe 102 90 102 90

do. do. 3½% 99 50 99 50

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen. Oberschl. 3½% Lit. E. 100 10 100 —

do. 4½% 1879 104 — 104 40

R.-O.-U.-Bahn 4% II. — —

Mähr. Schl.-Cent.-B. 44 50 44 70

Ausländische Fonds.

Italienische Rente. 94 30 94 30

Oest. 40% Goldrente 86 90 86 90

do. 4½% Papier. 62 20 62 40

do. 4½% Silbern. 63 20 63 40

do. 1860er Loose. 109 40 109 50

Poln. 5% Pfandbr. 50 50 51 —

do. Liqu.-Pfandbr. 46 — 45 60

Hofm.Waggonfabrik 94 50 95 50 Rum. 5% Staats-Obl. 90 90 91 20

Oppeln. Portl.-Cent. 101 20 101 10 do. 60% do. 103 70 103 90

Schlesischer Cement 174 — 175 Russ. 1880er Anleihe 75 40 75 50

Bresl. Pferdebahn. 130 — 130 Russ. 1884er do. 89 40 89 80

Erdmannsdri. Spinn. 65 50 65 50 do. Orient-Anl. II. 50 20 50 50

Kramsta Leinen-Ind. 118 50 118 50 do. 4½% B.-Cr.-Pfr. 80 70 81 —

Sches. Fenerversich. 1975—1955 Hofm.Waggonfabrik 102 — 102 70

Bismarckhütte 128 20 128 20 Türkische Anleihe. — 13 60

Donnersmarckhütte. 44 70 44 70 do. Tabaks-Action 79 — 78 60

Dortm. Union St.-Pr. 67 80 68 20 do. Loose. 30 70 30 70

Laurahütte 89 50 90 30 Ung. 40% Goldrente 77 40 77 30

do. 4½% Oblig. 102 90 103 — do. Papierrente. 66 40 66 50

GörLies.-Bd.(Lüders) 120 — 120 Serb. amort. Rente 76 60 77 —

Banknoten.

Oest. Bankn. 100 Fl. 160 50 160 60

Russ. Bankn. 100 SR. 168 30 168 10

Wechsel.

Amsterdam 8 T. 168 95 — —

London 1 Lstrl. 8 T. 20 37 — —

do. St.-Pr. 64 50 66 — —

Redenhütte Act. 47 70 — —

do. Oblig. 104 — 104 —

Inländische Fonds.

Reichs-Anl. 4% 107 20 107 30

do. do. 3½% 101 20 101 20

Privat-Discont 13/8% —

Berlin, 24. Februar, 3 Uhr 10 Min. [Dringliche Original-Depesche der Breslauer Zeitung.] Fest.

Cours vom 23. 24. Cours vom 23. 24.

Oesterr. Credit. ult. 138 87 139 12 Mainz-Ludwigsh. ult. 103 — 103 —

Disc.-Command. ult. 191 75 193 12 Dritm.Union/St.Pr.ul. 67 50 67 87

Berl.Handelsges. ult. 152 — 153 25 Laurahütte — ult. 89 50 90 37

Franzos. — ult. 86 75 86 75 Egypt. — ult. 75 12 75 25

Lombarden. — ult. — — Italiener. — ult. 94 12 9

"Kudzingen" nach Hause zurückkehrten, auf der Landstraße zwischen Thüringen und Waldau ein Portemonnaie mit etwa 330 Mark Inhalt gefunden, welches, wie sich nachher herausgestellt, ein Handelsmann h. aus Rothwasser verloren hatte. Der Knabe f. hat das Portemonnaie ausgehoben und dem J. gegeben, welcher es mit sich nach Hause nahm und selbst in einer alten Blechplatte versteckte. Am anderen Tage fanden sich die vier Knaben im Hause der Eltern des W. ein, welche nicht zu Hause anwesend waren, öffneten das Portemonnaie, welches von blühenden Goldstücken strohete, und fingen an, sich den Raub zutheilen. Die Burschen gingen dabei ganz systematisch und praktisch zu Werke. Sie schütteten das ganze Geld auf den Tisch; jeder erhielt der Reihe nach so lange ein Zwanzigmarksstück, wie der Vorraum reichte, dann wurden in gleicher Weise die Beinhardsstücke, die Thaler und die Einmarksstücke getheilt. Schliesslich blieb noch ein Zehnpfennig und ein Fünfpfennigsstück übrig, welches die beiden ältesten Knaben sich aneigneten. Der Knabe f. hatte somit 78 M. 10 Pf. erhalten. Diese Summe hat er zu Hause versteckt und sich dafür Semmel, Wurst und Delicatessen gekauft. f. hat das Geld unter einem Baume, in einem Tuch verpackt, vergessen und wollte es sich dort so lange aufzuhören, bis er aus der Schule entlassen war. W. wollte das Geld sich ebenfalls aufzuhören und hatte es unter einem Balzen in der Scheune seiner Eltern versteckt. Der vierte Knabe sieht nicht unter Anklage, weil er noch nicht 12 Jahre alt ist und mithin das strafmündige Alter noch nicht erreicht hat. Die drei Knaben wurden wegen gemeinschaftlicher Fundunterschlagung zu je drei Wochen Gefängnis verurtheilt und mit ernsten Ermahnungen, künftig solche Streiche nicht etwa zu wiederholen, vorläufig entlassen.

Bom Standesamte. 23./24. Februar.

Sterbefälle.

Standesamt I. Beck, Abt., S. d. Sattlers Jul., 9 M. — Günther, Carl, Königl. Gefangenens-Aufseher, 63 J. — Spiller, Emma, T. d.

Die Verlobung unserer Tochter Marie mit dem Postsekretär Herrn Joseph Scheffer beeinträchtigt uns ergeben zu anzeigen.

Berlin, Februar 1888.

Ed. Brandt u. Frau, geb. Hiller.

Statt besonderer Meldung.

Heute beschreibt mich meine liebe Frau Regina, geb. Sternberg, mit einem munteren Knaben. [2651]

Suez (Egypten), den 14. Februar 1888.

Theodor Meyer, Kais. Deutscher Vice-Consul.

Am 23. dieses Monats verschied sanft unser theures, herziges Töchterchen,

Lucie

im Alter von 5 Jahren.

Tief erschüttert zeigen dies an

Die trauernden Eltern:

Eduard und Jenny Cassirer.

Die Beerdigung findet Sonntag, Vormittag 11 Uhr, von der israelitischen Friedhofshalle aus statt. [3426]

Statt besonderer Meldung.

Heute Mittag 2½ Uhr entschlief nach längrem, schwerem Leiden unser innigster geliebter Gatte, Vater, Grossvater, Bruder und Onkel.

Herr Jacob Durra,

im noch nicht vollendeten 72. Lebensjahre.

Ohlau, Berlin, Kupp, Reichenbach i. Schl., den 24. Febr. 1888.

Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Sonntag Nachmittag, den 26. d. M., 3 Uhr, statt. [3452]

Todes-Anzeige.

Nach schweren Leiden starb am gestrigen Tage unsere theure, liebwerthe Schwester, Schwägerin, Tante und Cousine,

Fräulein Emilie Friedländer.

Ihre aufopfernde Liebe werden wir stets in dankbarer Erinnerung behalten. [2652]

Bunzlau, den 24. Februar 1888.

Die Hinterbliebenen.

Beerdigung: Sonntag Vormittag 11 Uhr.

Heute Nachmittag 1 Uhr verschied nach langjährigen Leiden an Herzähnigung unsere geliebte Gattin, Mutter, Grossmutter und Schwester, [2624]

Fran Sophie Bruck, geb. Guttentag, im Alter von 49 Jahren.

Um stille Theilnahme bitten

Namens der Hinterbliebenen:

Heinrich Bruck.

Leobschütz, den 23. Februar 1888.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 26. Februar, Nachmittags 2 Uhr, statt.

Schmidts Wilhelm, 8 W. — Langner, Carl, Droschenbesitzer, 68 J. — Guichwitz, Gustav, Restaurateur, 35 J. — Waldmann, Bruno, Buchdrucker, 22 J. — Freitag, Marie, Strickerin, 33 J. — Pähöld, Richard, Zigarrenmacher, 23 J. — Richel, August, 15 J. — Meßner, Traugott, Korbmachergehilfe, 46 J. — Borell, Hedwig, Schneiderin, 46 J. — Standesamt II. Frötel, Anna, geb. Kücher, Schauspielerin, 22 J. — Tippitz, Paul, S. d. Arb. Johann, 1 J. — Kalinke, Pauline, geb. Weber, Fuhrerbesitzerin, 42 J. — Jensch, Maria, geb. Thomas, Briefträgerfrau, 69 J. — Baron v. Lingk, Mortimer, Major z. D., 68 J. — Zug, Caroline, geb. Hannig, Briefträgerfrau, 42 J. — Materne, Eugen, Hautboist, 26 J. — Klinke, Luise, geb. Illmann, Lehrerin, 75 J. — Golez, Georg, S. d. Restauratens Paul, 2 J. — Daniel, Barbara, geb. Krause, Arbeitervwe, 73 J. — Helm, Paul, Knecht, 46 J. — Berlese, August, Arb., 49 J. — Sutlow, Clara, geb. Bäckermann, Fabrikbesitzerin, 39 J. — Richter, Susanna, geb. Böber, Hausbesitzerin, 78 J. — Tillie, Gottfried, Stellmacher, 37 J. — Nägele, Walter, S. d. Versicherungsbeamten Hermann, 7 M. — Schneider, Julius, Parteileiter, 80 J. — Strembel, Richard, S. d. Arbeiters Carl, 2 J. — Gabel, Elisabet, T. d. Haush. Carl, 14 J. — Bindig, Wilhelm, Tischler, 66 J. — Lütz, Wilhelm, S. d. Arb. Hermann, 5 J. — Reichensperger, Johanna, Elisabet, geb. Tiefchert, Schneiderin, 79 J. — Treiber, Selma, T. d. Tischlers Robert, 9 M. — Silla, Meta, T. d. Schlossers Wilh., 10 M. — Cassirer, Lucie, T. d. Kaufmanns Eduard, 5 J. — Buchwald, Carl, Knecht, 45 J. — Hindemitt, Gustav, Eisenbahn-Haupt-Buchhalter a. D., 63 J. — Schneider, Willy, S. d. Kaufmanns August, 1 J.

Letzter Tag Sonntag, den 26. Letzter Tag der [2518] Makart-Ausstellung und anderer erster Werke Gemälde - Ausstellung Lichtenberg, Museum.

Heute früh entschlief nach kurzer Krankheit unser innigster geliebter Gatte, Vater, Sohn, Bruder und Schwager, der

Buchhändler Hugo Grütter,

im 42. Lebensjahr, was wir Freunden und Bekannten statt besonderer Meldung hierdurch ergeben anzuzeigen. [3439]

Köln a. Rh., Breslau, den 24. Februar 1888.

Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.

Nach langen Leiden entschlief am 23. d. M. mein innigster geliebter Gatte

Stanislaus Rosenthal.

Aufs Tiefe gebeugt durch diesen schweren Verlust, zeige ich denselben zugleich im Namen meiner Söhne und aller Hinterbliebenen hierdurch an.

Berlin, den 23. Februar 1888.

Margarethe Rosenthal, geb. Scherbel. [1104]

Danksagung.

Bei dem herben Verluste, der uns durch das Ableben unseres lieben, herzensguten Gatten und Vaters, des

Kaufmann Robert Krause,

betroffen, sind uns so viele Beweise der Theilnahme von Nah und Fern gegeben worden, dass wir nur auf diesem Wege unsern innigsten Dank aussprechen können. Insbesondere erlauben wir uns, der hochwürdigen Geistlichkeit, ganz besonders aber dem Wohlgebüchlichen Magistrats- und Stadtverordneten-Collegium für die so liebvolle Anteilnahme, welche unserem betroffenen Herzen unendlich wohlgethan hat, den unerhötligen Dank auszusprechen. Auch dem kath. Gesellenverein unsern herzlichsten Dank. [2619]

Oppeln, den 23. Februar 1888.

Die trauernde Wittwe und Töchter.

Bei dem so plötzlichen Hinscheiden, sowie bei der Beerdigung meines so heiss geliebten unvergesslichen Gatten

Robert Scheurich

sind mir von nah und fern so zahlreiche Beweise der Liebe und Freundschaft zu Theil geworden, für welche ich auf diesem Wege meinen tiefgefühltesten Dank ausspreche.

Waldenburg i. Schl., den 24. Februar 1888. [2650]

Die tiefgebeugte Wittwe Amalie Scheurich.

Für die zahlreichen Beweise aufrichtiger Theilnahme bei dem Heimgang ihres geliebten Vaters, Bruders und Schwagers

Salomon Waldmann, drückt hierdurch ihren herzlichen Dank aus. [3424]

Die Hinterbliebenen.

Breslau, 25. Februar 1888.

2508
**Trauerhüte,
Trauerkleider.
J. Schäffer,
Schweidnitzerstr. 1.**

„Was fehlt mir noch?“ (Matth. 19, 20). Predigt: Sonntag, Vormittag 10 Uhr, Zwingerstraße 5a.

Zu habe meine Geschäftsräume und meine Wohnung nach der **Neuen Taschenstrasse Nr. 25a, 1 Treppe,** verlegt. [2645]

Breslau, den 24. Februar 1888.

Carl Beyer, Concoursverwalter.

Das in Neisse zu Ehren des Dichters Joseph Freiherrn v. Eichendorff errichtete Denkmal soll am 10. März er, als dem 100. Geburtstage des Dichters, Nachmittags 3 Uhr, auf dem Eichendorff-Platz feierlich enthüllt und der Stadtgemeinde übergeben werden. [2628]

Die Freunde des Dichters werden zu dieser Feier mit dem ergebensten Beitreten eingeladen, daß am genannten Tage Abends 8 Uhr voraussichtlich ein Festcommers in der „Erholung“ stattfinden wird.

Neisse, den 23. Februar 1888.

Das Comite für Errichtung eines Eichendorff-Denkmales.

Hellmann, Stadt-Syndikus. Kahrstedt, Garrison-Bau-Inspector.

Roesener, Königl. Baurath. Taeglichssbeck, Regerungs-Rath.

Warmbrunn, Bürgermeister.

Blüthner-Flügel u. Planinos sind, wie seit 20 Jahren, stets in grosser Auswahl unter Garantie zu beziehen durch das [2605]

Pianomagazin Theodor Lichtenberg, Zwinger-

Reparaturen u. Stimmungen werden bestens ausgeführt.

Vorzügliches Staubthee, Pfd. 2 M. Umbach & Kahl, Taschenstr. 21.

[109] **Die Malz-Extract-Präparate**

mit der Schutzmarke „Husten Nicht“ von L. H. Pietsch & Co. in Breslau haben sich als Hausmittel bei Husten, Heiserkeit, Asthma, Bronchitis, Brust- u. Halsschmerzen stets bewährt und werden allseitig empfohlen, auch sind die Malz-Extract-Caramellen als Husten-Bonbons überall beliebt. Zu haben in Breslau i. d. Kränzel.-Apotheke.

Danksagung.

Für die mir von Nah und Fern in so reichem Masse anlässlich meines am 21. Februar stattgehabten 70-jährigen Geburtstages zugegangenen Gratulationen und Freundschaftsbezeugungen statue ich hiermit, da es mir auf anderem Wege nicht möglich ist, Allen meinen tiefgefühltesten Dank ab. [3425]

Josef Hänslein, Breslau.

Stadt-Theater.

Sonnabend, „Die lustigen Weiber von Windsor.“ Komisch-phantastische Oper mit Tanz in 3 Acten von O. Nicolai.

Sonntag, Abend, Letztes Gastspiel des Herrn Felix Schweighofer. Auf vielfaches Verlangen: „Der Ruller.“ Volkstück mit Gesang in 5 Acten von Carl Morre. (Der Rull-Anerl: Herr F. Schweighofer.) Nachmittag, (Halbe Preise). „Der Hüttenbesitzer.“ Schauspiel in 4 Acten von G. Ohnet. Montag. „Der Maskenball.“ Große Oper mit Tanz in 5 Acten von Auber.

Lobe-Theater. Sonnabend, zum 1. M.: „Die blaue Grotte.“ Schwank in 3 Acten von Emil Pohl. Sonntag, Nachm. 4 U.: „Das verwunschne Schloß.“ (Kleine Eintrittspreise.) Abends 7½: „Die blaue Grotte.“ Montag, den 27. Febr. 1888. Einmaliges Gastspiel des Herrn Felix Schweighofer. „Der Raub der Sabineinnen.“ (Emmanuel Striese, Felix Schweighofer a. G.)

Thalia-Theater.

Sonnabend, Letztes Gastspiel des Herrn Felix Schweighofer: „Während der Börse.“ Schwank in 1 Act von C. Mautner. (Walberg: Herr Schweighofer.) „Werner Genrebilder.“ Solofcene von C. Costa. (Carl Stüber: Herr Schweighofer.) „Eine Vereinschwester.“ Schwank in 1 Act von A. Langer. (Ignaz: Herr Schweighofer.) Sonntag. „Der Freischütz.“ Romantische Oper in 4 Acten von C. M. v. Weber. [2638]

Helm-Theater. Sonnabend, den 25. Februar.

Die schönen Weiber v. Georgien.

Ausschank von vorzügl. Helm-Bräu.

Victoria-Theater. Simmenauer Garten.

Nur noch drei Tage:

Die geheimnißvolle Dame

auf dem Trapeze.

Neueste Illusion auf gymnaſtischem Gebiete.

Miss Alasca, eine junge wohlaufgeformte Dame präsentiert sich dem Publikum und er scheint darauf am Trapeze ohne Beine.

Miss Marion Graham, die Primadonna der Mikado-Gesellschaft,

die beste engl. Sängerin.

gen.: Der „Star“ Englands.

Eitelka, ungar. Liederjägerin,

Harry, Metamorphosenkünstler,

Hillardo, indischer Malabarist,

Vallo, Antipodenkünstler, Luciana,

Balance = Equilibristin, Constanze, Eidechs-dame, Gebrüder

Herrfeld, Caricaturen-Duet-</

Große Auction.

Heute Sonnabend, den 25. d.
Vorm. v. 10 Uhr an, werde ich
Herrnstraße 25 die noch vor-
handenen Waren, Laden- und
Kellereiurichtung des N. Brahn-
schen Eisenengeschäfts meistbietend
versteigern. [3441]

B. Jarecki,
Auctionator.

12000 Mark
sichere Hypothek auf einem grö-
ßen gut gelegenen Hause ist mit
Danno abzugeben. [1073]
Gefällige Oferren sub z. 550 an
Rudolf Mosse, Breslau.

Soeins

wird für eine sehr rentable Schuh-
fabrik in der Provinz zum baldigen
Eintritt gefügt. Off. M. L. 123
Exped. der Bresl. Ztg. [2622]

Tücht. Agenten gesucht,
welche möglichst auch in den Pro-
vinzen eingeführt sind und die Ver-
tretung für Grüninger Weine u.
vorzügl. deutschen Cognac
mit übernehmen wollen. — Oferren
zur Weiterbef. unter J. N. 9632 an
Rudolf Mosse, Berlin SW. [1102]

Agent gesucht

für Preußisch-Schlesien von leistungsfähiger Porzellan-Erde-Grube
Böhmen; nur bei Porzellantafeln
gut eingeschaut wird. — Oferren mit
Referenzen erbitten Meyer &
Billitz, Berlin SW. 12. [1103]

Agent gesucht.

Für eine Seifenpulver-
fabrik wird ein fleißiger, tüchtiger
Agent gesucht, der bei den besseren Droguen-, Spe-
cerei- und Colonialwaren-
Handlungen, sowie Seifen-
Geschäften Breslaus gut
eingeführt ist und dort regelmäßige
Verkäufe ab. [1105]
Gest. Oferren unter Chiffre
R. 567 an Rudolf Mosse,
Breslau.

Villa-Berkauf.

Eine reizend in staubfreier Lage
in der Niederlößnitz bei Dresden
beständige Villa mit neu-
heizbaren Zimmern, 3 Kammern,
Seitengebäude mit Hauptgebäude
verbunden u. von hübschem Garten
umgeben, ist für 24,000 Mark zu
verkaufen. Nähere Auskunft ertheilt
Friedrich Riebe, Dresden,
Moszinskystraße Nr. 1. [827]

Kinderwagen- Fabrik,

in gemieteten Räumen und
in vollem Betriebe, besonderer
Umstände halber sofort ver-
käuflich. Incl. Betriebskapital
25.—30.000 M. nötig.
Selbstreflektanten Näheres
unter H. L. 40 Rudolf Mosse,
Berlin SW. [1100]

Eine Fabrikanlage

an 2 Zufahrtswegen, auf einem
Terrain von 176 Meter Tiefe, 64
Meter Breite, zum 4. Theil mit
Gebäudeketten im besten Zustande,
ist preiswert unter günstigen Bedin-
gungen, mit oder ohne Maschinen zu
verkaufen. Reflektanten erfahren
das Nähere unter N. 563 durch
Rudolf Mosse, Breslau. [1106]

Geschäfts-Verkauf!

Ein alt. gangb. Galanterie, Kurz-
Papier- u. Schreibmaterialien-Gesch.
mit fester Kundschaft ist in einer
größ. Stadt Schles. sof. u. günst.
Beding. zu verkaufen. Oferren zur
Weiterförderung unter J. B. 54 an
die Exped. der Bresl. Ztg. erbeten.

Ein wahrer Schatz

für alle durch jugendliche Ver-
irrungen Erkrankte ist das be-
ruhmte Werk: [0221]
Dr. Retau's Selbstbewahrung.

80. Auflage mit 27 Abbild.
Preis 3 Mark. Lese es jeder,
der an den Folgen solcher Laster
leidet. Tantende verdanken
demselben ihre Wiederher-
stellung. Zu beziehen durch das
Verlagsmagazin in Leipzig,
Neumarkt 34, sowie durch jede
Buchhandlung in Breslau. In
Brieg vorzüglich in G. W.
Kroschel's Buchhandlung.

Imperator, Magnum Bonum,

Frische Rosen
und andere gangbare Sorten, auch
Fabrikartoffeln, kaufen und ersucht
um bemerkte Oferren. [2483]

Wilhelm Rückert
in Görlitz.

Shorbleisch-Offerte

Eine alte deutsche Lebensversicherungs-Aktion-Gesellschaft
sucht für Schlesien [1096]

Rind- [3432]
Kalb- [3432]
Schwein- [3432]
Hinterleisch à Pf. 55 Pf.
Gebacktes à Pf. 60 Pf.

H. Levinthal,
9. Goldene Radegasse 9.

Saft!

87er

Himbeer- u. Kirschsaft,
versprittet, [2621]
gebe billigst ab.

Oscar Rosenberg,
Züllichau.

Echtrussisch. Caviar,
vorzüglich im Geschmack, versendet
das Original-Pfd. incl. Büchse mit
4 M. 50 Pf. gegen Nachnahme
[928] **C. Goralezik.**

Myslowitz, a. d. russ. Grenze.

Asthma!

Mein so außerordentlich wirkames
Asthmakraut zu Räucherungen bei
asthmatischen Leidern ist zur Ab-
gabe wieder vorzüglich. [2269]

Preis 3 Mark pro Pfund.
Die Apotheke in Zutrojahn,
Mortimer Scholtz.

4.—5000 Centner Speise-
kartoffeln werden zu kaufen gefügt.
Oferren mit Preisangabe (franco
an den betreffenden Abfahrt-Bahn-
hof geliefert) sind zu richten an

Joh. Görzen
in Platten, Post Osann
(Rheinland). [2463]

Saatkartoffeln
der neueren Züchtungen:

Hermann u. Kornblume
sowie der älteren:

Champion u. Richters

Imperator
giebt das Dominium Buzella bei
Krappitz ab. [1063]

Nohflachs.

Ca. 100 Schock Nohflachs
sind verkauflich b. Dom.
Buzella b. Krappitz.

Pferdebohnen
zur Saat und Leinsamen
giebt das Dom. Buzella
bei Krappitz ab. [1062]

Eine Dampfmaschine, 2 Pferde-
kraft, mit feststehendem Kessel,
17 Meter hohe Esse, Transmissions-
riemen, Scheiben u. s. w., noch wenig
gebraucht, ist billig zu haben bei

Adolf Lewin, Königshütte.

Stellen-Auerbieten
und Gesuche.

Insertionspreis die Zeile 15 Pf

Eine geprüfte Lehrerin (mos.),
die gegenwärtig an einer Schule
unterrichtet, muss, der empfehlende
Zeugnisse und Referenzen zur Seite
stehen, sucht per 1. April Stellung
an einer Schule oder in einem
religiösen Hause. [3435]

Oferren unter A. L. 53 an die
Exped. der Bresl. Ztg. erbeten.

Gouvernante - Posten.

Zur Erziehung von drei Mädchen
im Alter von 12—13 Jahren wird
eine geprüfte Erzieherin (Israelitin),
von angenehmem Extert, die
einen guten Vortrag in den literari-
schen Gegenständen hat, gut fran-
zösisch spricht, perfect Clavier spielt,
Handarbeiten versteht, gegen ganz
reine Station und J. 400 Jahres-
gehalt für eine Familie in einer
Industriestadt währends aufzunehmen
geföhrt. [2543]

Oferren, Photographie u. Angabe
von Referenzen sind bis längstens
15. März a. c. einzufinden an **J. Glesinger**, Wsetin (Mähren).

Repräsentantinstelle

sich e. geb. j. Frau, israel, a. g. f.,
m. hervorrag. wirtschaftl. Kenntniß,
auch musik, u. n. j. dt. bef. auch für
mutterl. Kind zu empf., dieselbe bei-
keine Thätigl.-Zeugn., h. aber selbst
e. gr. f. Haushalt 12 Jahre gehabt.
Näheres durch Frau Friedlaender,
Sonnenstraße 25. [3448]

Gesellschafterinstelle

sucht eine sein geb. Frau, Jüdin, aus
sehr guten Hause, welche die besten
Umgangsformen besitzt; gut musik. u.
perfekt vorleset, in e. sein. Hause b. ein-
Same od. Ehepaar, auch n. Auswärts
d. Fr. Friedlaender, Sonnenstraße 25.

Eine gebildete ältere Dame,
welche Clavierübungen u. Schul-
arbeiten meiner beiden Mädchen be-
aufsichtigen, sowie den Haushalt
selbstständig leiten kann, sucht ich
zum baldigen Antritt event. per
1. April er. Oferren u. Angabe
des Alters u. Gehaltsanspr. sowie
Besitzung der Photographie erbeten
A. B. 100 postlagernd Benthein DS.

Für mein Colonialwaren-
Conf. und Wäsch.-Geschäft
suche ich per 1. April [3427]

einen Verkäufer,
der auch gleichzeitig Decoratoren ist.
Sally Graupe,
Nene Taschenstraße 32.

Eine alte deutsche Lebensversicherungs-Aktion-Gesellschaft
sucht für Schlesien [1096]

einen tüchtigen, soliden Acquisiteur. [1096]

Nur leistungsfähige Bewerber
wollen sich unter Angabe von
Referenzen unter Chiffre L. V. an das Central-Annoneen-
Bureau in Breslau, An der Magdalenenkirche 1, wenden.

Eine gepr. must. Kindergärtnerin
sucht Stellung für Nachmittag
bei Kindern. Ges. off. unter A. K.
Brieff. der Bresl. Ztg. [1099]

Ein j. Materialist

sucht per 1. April dauernde Stellung
als Verkäufer. Ges. off. unter
H. V. 100 postlag. Lauban

erbeten. [1107]

Für ein Colonialw.-Geschäft
wird per 1. April c. ein tüchtiger,
polnisch sprechender [2648]

Wäsche-Directrice,
perfect im Zuschnid. v. Oberhemden,
Damen- u. Kinderwäsche, gewandte
Verkäuferin, sucht per April anderweitig
Engagement. Ges. off. unter D. R. 49

bet. die Exped. der Bresl. Ztg. [1099]

Ein junges Mädchen, das schon
mehrere Jahre ein Bürgeschäft
selbstständig geführt hat, sucht vom
1. April c. anderweitig Stellung als

Directrice.

Ges. off. erbitten unter Th. Sch. 88

an die Exped. des Kreis- und Local-
blatts Lauenburg i. Pom. [3431]

Ein junges Mädchen, das schon
mehrere Jahre ein Bürgeschäft
selbstständig geführt hat, sucht vom
1. April c. anderweitig Stellung als

Directrice.

Ges. off. erbitten unter Th. Sch. 88

an die Exped. des Kreis- und Local-
blatts Lauenburg i. Pom. [3431]

Ein junges Mädchen, das schon
mehrere Jahre ein Bürgeschäft
selbstständig geführt hat, sucht vom
1. April c. anderweitig Stellung als

Directrice.

Ges. off. erbitten unter Th. Sch. 88

an die Exped. des Kreis- und Local-
blatts Lauenburg i. Pom. [3431]

Ein junges Mädchen, das schon
mehrere Jahre ein Bürgeschäft
selbstständig geführt hat, sucht vom
1. April c. anderweitig Stellung als

Directrice.

Ges. off. erbitten unter Th. Sch. 88

an die Exped. des Kreis- und Local-
blatts Lauenburg i. Pom. [3431]

Ein junges Mädchen, das schon
mehrere Jahre ein Bürgeschäft
selbstständig geführt hat, sucht vom
1. April c. anderweitig Stellung als

Directrice.

Ges. off. erbitten unter Th. Sch. 88

an die Exped. des Kreis- und Local-
blatts Lauenburg i. Pom. [3431]

Ein junges Mädchen, das schon
mehrere Jahre ein Bürgeschäft
selbstständig geführt hat, sucht vom
1. April c. anderweitig Stellung als

Directrice.

Ges. off. erbitten unter Th. Sch. 88

an die Exped. des Kreis- und Local-
blatts Lauenburg i. Pom. [3431]

Ein junges Mädchen, das schon
mehrere Jahre ein Bürgeschäft
selbstständig geführt hat, sucht vom
1. April c. anderweitig Stellung als

Directrice.

Ges. off. erbitten unter Th. Sch. 88

an die Exped. des Kreis- und Local-
blatts Lauenburg i. Pom. [3431]

Ein junges Mädchen, das schon
mehrere Jahre ein Bürgeschäft
selbstständig geführt hat, sucht vom
1. April c. anderweitig Stellung als

Directrice.

Ges. off. erbitten unter Th. Sch. 88

an die Exped. des Kreis- und Local-
blatts Lauenburg i. Pom. [3431]

Ein junges Mädchen, das schon
mehrere Jahre ein Bürgeschäft
selbstständig geführt hat, sucht vom
1. April c. anderweitig Stellung als

Directrice.

Ges. off. erbitten unter Th. Sch. 88

an die Exped. des Kreis- und Local-
blatts Lauenburg i. Pom. [3431]

Ein junges Mädchen, das schon
mehrere Jahre ein Bürgeschäft
selbstständig geführt hat, sucht